

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltungs-Verordnung für 1894 unter Nr. 6019.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile über deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Belegungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Deutsch-Strasse 2.

Freitag, den 28. September 1894.

Expedition: SW. 19, Deutsch-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Parteigenossen!

Der Beschluß des vorjährigen Parteitag, findet der diesjährige in Frankfurt a. M. statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung hiermit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 21. Oktober,

nach Frankfurt a. M. in das Lokal zur

„Weißen Lilie“, Bergerstr. 273.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 21. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung, Konstituierung des Parteitag, Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 22. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: A. Fischer.
4. Die Waisener 1893. Berichterstatter: G. Meißner.
5. Agrarfrage und Sozialdemokratie. Berichterstatter: Dr. W. Schoenlant und G. v. Soltmar.
6. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere die Wahl der Delegirten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge*) müssen bis spätestens 10. Oktober in den Händen des Parteivorstandes Berlin SW., Rahbachstr. 9

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist: Friedrich Brähne, Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 28. Die Parteigenossen, welche als Delegirte zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier u. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare**) sind durch das Partei-Bureau Berlin SW., Rahbachstr. 9, zu beziehen. Berlin, den 19. August 1894.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Parteivorstand.

*) Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten, oder durch beauftragte Genossen vertreten zu lassen; außerdem aber empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

**) Die Versendung der Mandatsformulare erfolgt zu Anfang Oktober.

Ein Gedenktag.

Vor wenigen Wochen feierten wir den dreißigsten Todestag Ferdinand Lassalle's, des Gründers der ersten politisch bedeutenden Arbeiterorganisation in Deutschland: des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der, verschmolzen mit der Eisenacher Arbeiterpartei und erweitert zur internationalen deutschen Sozialdemokratie, in der heutigen Arbeiterbewegung Deutschlands fortlebt.

Heute — am 28. September — feiern wir einen anderen Gedenktag, den der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die am 28. September 1864 zu London, in der ökonomischen Hauptstadt der Welt, von Vertretern fast aller Kulturvölker gegründet ward. Der Gedanke der Internationalen Arbeiter-Assoziation war schon 15 Jahre vorher in dem kommunistischen Manifest durch das gewaltige Mahnwort ausgesprochen worden:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Und der Mann, der es 1848, am Vorabend der Februarrevolution, gesprochen, war es auch, der den Hauptstoß zur Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation gegeben hatte, und der seinen Geist in den Bund des Proletariats hineingab — Karl Marx.

Was die Internationale Arbeiter-Assoziation, deren Satzungen wir unten folgen lassen, für das deutsche Proletariat, für das Proletariat der übrigen Länder gewesen ist, das steht fest eingegraben in dem Herzen und Gedächtnis eines jeden politisch lebendigen und klassenbewußten Arbeiters.

In Deutschland, dessen Volk bei allem politischen und wirtschaftlichen Jammer der letzten drei Jahrhunderte die Schwungkraft behalten hat, über die Bretter, mit denen das heimische Krähwinkel und Elend vernagelt ist, kosmopolitisch hinwegzuspringen, wie unsere Vorfahren zur Zeit der Völkerwanderung schon es so jugendfrisch gethan haben zur Verjüngung der, scheinbar hoffnungslossten Marasmus verfallenen Menschheit — in Deutschland zündete der internationale Gedanke am schnellsten, und schon nach wenigen Jahren erfolgte — 1868 auf dem Nürnb erg e

Revue.

Der Jude.

151

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

Er umschloß sie liebevoll, und zog sie an sich, die sich ihm anschniegte, wie ein vertrautes Kind. Sie hob die hellen Augen zu ihm empor, lächelte sanft und erwiderte: „Bei Euch, lieber Herr, fürchte ich auch nichts, was von Menschen kommt. Aber, — sollte diese unbegreifliche Störung, die unsere Hochzeitsfreunden zerstört, — sollte sie nicht eine Vorbedeutung sein von mehrerem Unheil, das unseren neuen Stand betreffen soll?“ — „Gott verhöte, mein Kind, daß solcher Wahnglaube Wurzel in Deinem Herzen fasse,“ sagte Dagobert ernst, wie wohl milde; „Du führtest dann selbst den Feind in unser stilles Hauswesen. Laß dem Volke seinen Aberglauben vertraue auf Gott, der nicht mit seinen Kindern ein muthwilliges Spiel treibt. Liebste Du mich herzlich, so wie ich Dich, so werden wir stets glücklich sein.“ — „Dann müßt Ihr mich aber auch stets lieben,“ hob Regina wichtig an. — „Nun freilich,“ lachte Dagobert: „Wie könnte ich anders, meine Königin?“ — „Ach, ich glaube Euch so gerne, verzeigte Regina mit leisem Seufzer und dennoch nicht ohne Schalkhaftigkeit: „aber ich habe mir schon meine eigenen Gedanken gemacht, und ich darf sie Euch jezo gestehen, da Ihr . . . da Ihr mein Herr seid.“ — „Du mußt sogar,“ schaltete Dagobert scherzend ein, und sah die Erglühende beim Kinn, daß sie ihm nicht den Anblick ihrer lieblichen Schönheit entziehe. „Rede also zu Deinem Herrn.“ — „Daß Ihr um mich erworben, guter Dagobert,“ fuhr Regina nach kurzem Zuehalten ermutigt fort, — „daß, das war mir lieb, sehr lieb sogar; — aber, daß es so schnell gekommen, daß dieses Werben sich so dringend ausgesprochen, das ließ mich im Stillen befürchten, Euer Gemüth möchte noch nicht ruhig, und jenes Bild, das Euch einst verzaubert hatte, noch darin geschäftig sein. Mir war's, als ob ich das Mittel sein sollte, das der Leidende auß' ungefähr ergreift, ob es ihn vielleicht gesunden

mache, das er jedoch, lindert es seine Qualen nicht, un-muthig wegwirft. — Ach, mein verehrter Herr und lieber Dagobert,“ — fuhr sie, da ihr Gatte lächelnd, aber schweigend ihr in das liebevolle Antlitz sah — fort, „wenn Ihr je mich also wegwerfen könntet, — wenn jemals eine Zeit kommen sollte, in welcher Ihr Euch sagtet: O, daß ich sie doch nie gesehen, nie gekreist hätte! O, daß doch die andere, mein wäre, die ich unfähig liebte, und die jezo noch mein ganzes Herz erfüllt! das wäre ein Unglück, lieber Herr, und ich wollte dann lieber des Betters Schwarzbach Hausfrau sein, von dem ich schon am Altare mußte, daß er seinen Bärenfänger mehr liebt, als Weib und Kind.“ — „Seht doch, welche Grillen,“ entgegnete Dagobert, ruhig und gelassen, und sah offen und ehrlich dem bekümmerten Weiblein in das schwimmende Auge: „Diese Zweifel thun mir weh; indeß ist ein Vertrauen des anderen würdig. So wisse denn, mein Kind, daß ich nicht von heute, nicht von gestern an, Dich in meiner Brust trage als eine liebe Freundin. In den Fesseln einer seltenen und seltsamen Liebe befangen, hatte ich darum nicht minder Sinn für Deinen Liebreiz, Deine kindliche Anmuth, und ich hatte in der letzten Frist Nähe genug, gegen mein Gefühl anzukämpfen und die Stimmung zu behaupten, die das Erlöschen meiner thöricht geträumten Glückseligkeit in mir erzeugt hatte. Ich floh wohl dann und wann sogar Deine Nähe, mein süßes Kind, und jener Ringlauf an des Goldschmieds Laden war ohne meinen Willen nur vom Zufall oder der Bestimmung herbeigeführt. Ich leugne es nicht, daß dabei mein Herz schwer verwundet wurde, und gleich darauf, wie ein Donner Schlag aus heiterem Himmel, kam mir die Kunde, daß sie, um die ich trauerte, sich gänzlich losgerissen von meinem Herzen und Gedächtnis. Mein Ergrimmen gegen das Geschehene war vergeblich, unnützig, kindisch, und meine Pflicht gegen den Vater trat vor meine Seele. Ich will verschweigen, welchen Eindruck der Besuch des Weichsler's Joel auf mich machte. Das finstere, grämliche Gesicht des Untergeliebten, seine flache Einsilbigkeit, beleidigten meine Gütlichkeit. Ihn, der nur für das Geld Sinn hatte, das ihm mein Vater hinzählte, ihn, der so kalt und theilnahmlos mir die wenigen Geschenke wieder reichte, die Eifer einst von mir empfangen, — ihn hatte sie mir vorziehen, — diesen Juden mit ihrer Hand begaben können! — Un-

willig entließ ich den Mäler, gehässig dachte ich an sein Weib zurück; und Deine Schönheit, Deine jungfräuliche Jugend trat, wie durch einen Rauberschlag, lichtglänzend und strahlend, wie eine Himmelsgestalt, vor mich. Mit diesem Engelbilde besuchte mich auch mein guter Geist, und zu dem Lehrer meiner Kindheit, meiner Jugend, führte er mich mit Sturmgewalt, daß ich durch seine Weisheit das Gute vom Bösen unterscheiden lernte, und den würdigen Theil erwählen möge. Ich vermag es nicht, Dir die Worte zu wiederholen, die seinem Munde entquollen, mir zum Troste und zur Belehrung. Genug: Ich verdanke ihnen meine Ruhe und die Rückkehr meines heiteren Sinnes, das Bewußtsein, Dich nicht leichtsinnig freit zu haben, meine gute, meine liebe Regina. Johannes hat mich überzeugt, daß Segen und Zufriedenheit wohl nimmer aus dem Bunde zwischen Esther und mir entspringen wären, hätten beider Herzen sich auch unveränderlich geliebt. Die Klust ist zu groß gewesen, selbst für die Edelsten und Besten, und sie überspringen zu wollen, war nur der Wunsch, die Sehnsucht einer feurigen, rücksichtslosen Jugend. So habe ich mich denn schnell entschlossen, mein süßes Weib, um Deine Hand zu werben und mit dem Kranze der Zufriedenheit meiner Eltern Dich zu zieren. Da ich am Altare schwur, war ich fertig mit der Vergangenheit, die freundliche Erinnerung abgerechnet, die mich zum Grabe geleiten wird; mein Frohsinn hat sich wieder eingestellt, und dies Fest nicht unwürdig begangen. Ich bin der Alte geworden, und selbst die Stürme dieses Abends, wie sie sich auch noch gestalten mögen, sollen mich nicht darniederbeugen, rette ich nur Dich, mein Kleinod, unverfehrt aus dem Gedränge.“

Regina warf sich mit dem vollsten Vertrauen der Liebe in Dagobert's Arme, und die Neuvermählten vergaßen in ihrer Seligkeit den Saal um sich her, mit seinen düster brennenden Kerzen und seinen ängstlich lauschenden Bewohnerinnen, wie auch das auf der Gasse auf- und niederwogende Toben, Lärmen und Treiben, dessen Ursache noch kein Mensch, allem Fragen zum Troste, angeben konnte. Da erdröhnte von wiederholten Schlägen die Pforte des Hauses, daß alle Anwesenden zusammenführten, und der hinter dem Ofen entschlummerte kleine Hans erschrocken aus dem Schlafe taumelte, und in die Arme der gütigen Mar-

Arbeitertage und 1869 auf dem Eisenacher Kongress der förmliche Anknüpfung der beiden organisierten Arbeitergruppen an die Internationale Arbeiter-Assoziation. Anknüpfung, soweit die deutschen Vereinigungen es erlaubten. Und auch die andere der beiden Gruppen erklärte ihre Sympathie, sodaß wir sagen können: schon vor 1870 war, mit Ausnahme weniger Verhexten, das gesammelte in der Arbeiterbewegung stehende deutsche Proletariat für die Internationale Arbeiter-Assoziation gewonnen. Auch in Frankreich faßte sie rasch Wurzel, und so mächtig wurde dort bald ihr Einfluß, daß die Regierung Napoleon's ein Ausnahmegesetz erließ und den Beitritt zur Internationalen Arbeiter-Assoziation verbot — ein Verbot, das bis auf den heutigen Tag fortbestand, obgleich Napoleon nun bereits seit 24 Jahren gestürzt ist.

In allen übrigen Kulturländern schlug die Internationale Arbeiter-Assoziation Wurzel — überall weckte und förderte sie das Gefühl der Interessengemeinschaft und der Brüderlichkeit; überall lehrte sie die Notwendigkeit des proletarischen Kampfes gegen die das Proletariat unterdrückende und ausaugende Kapitalistenklasse; überall zeigte sie den Weg zum Ziel: die Organisation des Proletariats als politische Partei zum Zweck der Erlämpfung der politischen Macht; überall trieb sie die Arbeiter aus dem Nebel des Sektensinns und der Utopisterei und stellte sie auf den Boden der Thatsachen, so daß sie im Hinblick auf die kommende Erlösung nicht die Aufgaben der Gegenwart vergaßen: den Arbeiterkampf, die gewerkschaftliche Organisation, die Arbeiterstatistik.

Der ungeheure Wirkungskreis der Internationalen Arbeiter-Assoziation und die ungeheure Summe ihres Wirkens ist in seltsamem Mißverhältnis zu ihrer ziffermäßigen Stärke. Wer die Verhandlungen des Leipziger Hochverratsprozesses kennt, in welchem die Internationale Arbeiter-Assoziation eine hervorragende Rolle gespielt hat, der weiß, daß die aktiven, d. h. ihre Beiträge regelmäßig entrichtenden Mitglieder in ganz Europa nur nach Tausenden zählen.

Als wir vor einigen Wochen den Tod Lassalle's an seinem Gedenktag behandelten, schrieben wir, daß heute Millionen trauernten, wo vor dreißig Jahren nur Zehntausende.

Noch eindringlicher und imposanter stellt die riesige Entwicklung unserer Partei sich uns dar, wenn wir die Anfänge der Internationalen Arbeiter-Assoziation mit der Gegenwart vergleichen.

Die Internationale Arbeiter-Assoziation verfügte zur Zeit ihrer Gründung über die denkbar geringsten mechanischen Machtmittel. Sie brachte es auch zur Zeit ihrer Blüte niemals auf eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern. Aber sie erlangte die Führung der gesammten Arbeiterbewegung aller Kulturländer.

Die herrschende Klasse, und die ihr dienstbaren Regierungen boten darum Alles auf, um die Internationale Arbeiter-Assoziation zu vernichten. Umsonst. Auch die Spaltungen, die von den Feinden der Arbeitersache in den Schooß der Assoziation getragen wurden, vermochten nichts über sie. Sie spottete der Verfolgungen, und erst nachdem sie ihre Mission erfüllt und die Arbeiterbewegung gegen die Verlockung auf Irrwege gesichert hatte, trat sie von dem Schauplatz zurück — nicht um zu sterben, sondern um der Saat, die sie ausgestreut, Zeit zum Keimen und Wachsen zu geben.

Die Saat ist herrlich aufgegangen — üppig und reich über jedes Erwarten. Die Internationale Arbeiter-Assoziation lebt fort in den festgegliederten Arbeiterorganisationen aller Kulturländer, deren arbeitende Völker, so weit sie erwacht sind, von dem internationalen Gedanken des Sozialismus beherrscht werden und alle zusammen ein einziges Volk bilden und eine einzige Armee.

Gegen diese Armee, die täglich anschwellend, täglich

vordringend, unüberwindlich dem Ziele zueilt, — gegen diese heilige Allianz des arbeitenden Volkes sind die Moloch- und Mammonanbeter, trotz ihrer kirrenden, prunkenden Macht, ohne Wehr und Waffen — und haben sie auch in ihrem Dienst alle Mordmaschinen, welche die geschändete Wissenschaft den Epigonten der Barbarei hat liefern müssen, und machen sie auch alle Dunkelmänner und alles Nachtgewölge und lichtscheue Raubzeug mobil zu dem Kreuzzug für das goldene Kalb.

Die Internationale Arbeiter-Assoziation, einzig wie sie war im Vergleich zu der heutigen Kräfteentfaltung des Proletariats, überwand spielend all' ihre Feinde.

Der tausendfach stärkere Bruderbund der arbeitenden Völker, zu dem die Internationale Arbeiter-Assoziation sich ausgewachsen hat, schaut heiteren Sinnes und festen Auges in die Zukunft, die uns die Ernte bringen wird und den Sieg.

Was die Internationale Arbeiter-Assoziation als Programm aufgestellt hat: die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse, das wollen, das werden wir verwirklichen.

Dies geloben wir heute am dreißigsten Gründungstag der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Hoch die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Die Statuten der internationalen Arbeiter-Assoziation.

In Erwägung,
Daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

Daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

Daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneignen der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Arzthchaft in allen ihren Formen zu Grunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;

Daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist;

Daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes, und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

Daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung von praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittenen Länder abhängt;

Daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellen Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen Rückfall in die alten Irrthümer, und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegungen drängt;

Aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Assoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:
Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zu einander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube und Nationalität;
Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

Und in diesem Geiste sind die nachfolgenden Statuten verfaßt.

Art. 1. Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmäßigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.

Art. 2. Der Name der Gesellschaft ist: Internationale Arbeiter-Assoziation.

Art. 3. Es versammelt sich jährlich ein allgemeiner Arbeiterkongress, bestehend aus Abgeordneten der Zweige der Assoziation. Der Kongress verkündet die gemeinsamen Bestimmungen der Arbeiterklasse, ergrift die für das erfolgreiche Wirken der Internationalen Assoziation notwendigen Maßregeln, und ernennt den Generalrath der Assoziation.

Art. 4. Jeder Kongress bestimmt Zeit und Ort für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Abgeordneten versammeln sich zur bestimmten Zeit und Stelle, ohne daß dazu eine besondere Einladung ertheilt wäre. Der Generalrath kann im Nothfall den Ort der Zusammenkunft verlegen, aber nicht ihren Zeitpunkt aufschieben. Der Kongress bestimmt jährlich den Sitz des Generalraths und ernennt dessen Mitglieder. Der so ernannte Generalrath ist ermächtigt, sich neue Mitglieder beizufügen.

Auf seinen jährlichen Zusammenkünften erhält der Kongress einen öffentlichen Bericht über die Jahresarbeit des Generalraths. Letzterer kann in dringenden Fällen den Kongress vor dem regelmäßigen jährlichen Termin berufen.

Art. 5. Der Generalrath wird gebildet aus Arbeitern der verschiedenen, in der Internationalen Assoziation vertretenen Länder. Er besteht aus seiner Mitte die zur Geschäftsführung nöthigen Stellen, wie die des Schatzmeisters, Generalsekretärs, der korrespondirenden Sekretäre für die verschiedenen Länder u. s. w.

Art. 6. Der Generalrath wirkt als internationale Agentur zwischen den verschiedenen nationalen und lokalen Gruppen der Assoziation, so daß die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Klasse in allen andern Ländern; daß eine Untersuchung über den sozialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet, daß Fragen von allgemeinem Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen andern aufgenommen werden, und daß, im Fall der Nothwendigkeit sofortiger praktischer Schritte — wie z. B. bei internationalen Wahlen — die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig betheiligen können.

Bei jeder passenden Gelegenheit ergrift der Generalrath die Initiative der den verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften zu unterbreitenden Vorlagen.

Zur Erleichterung seines Verkehrs mit den Zweiggesehschaften veröffentlicht der Generalrath periodische Berichte.

Art. 7. Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Kombination, während andererseits die Wirksamkeit des internationalen Generalraths wesentlich dadurch bedingt ist, daß er mit wenigen nationalen Zentren der Arbeitergesellschaften verhandelt, statt mit einer großen Anzahl kleiner und zusammenhangloser lokaler Gesellschaften, — so sollen die Mitglieder der Internationalen Assoziation alle ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper repräsentirt durch nationale Zentralorgane.

Es versteht sich von selbst, daß die Anwendung dieses Artikels von den Sondergesetzen jedes Landes abhängt, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keine unabhängige lokale Gesellschaft von direkter Korrespondenz mit dem Generalrath ausgeschlossen ist.

Art. 8. Jede Sektion hat das Recht, ihren eigenen, mit dem Generalrath korrespondirenden Sekretär zu ernennen.

Art. 9. Jeder, der die Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation anerkennt und verteidigt, ist wählbar als Mitglied derselben. Jede Zweiggesehschaft ist verantwortlich für die Unbescholtenheit der Mitglieder, die sie aufnimmt.

Art. 10. Bei Veränderung des Wohnsitzes von einem Land zum andern erhält jedes Mitglied der Internationalen Assoziation die brüderliche Unterstützung der mitverbündeten Arbeiter.

Art. 11. Obgleich vereinigt zu einem ewigen Bund brüderlichen Zusammenwirkens, behalten Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen, ihre bestehende Organisation unverändert.

Art. 12. Die gegenwärtigen Statuten können durch jeden Kongress abgeändert werden, sobald zwei Drittel der anwesenden Delegirten sich dafür erklären.

Art. 13. Alles, was nicht in den vorstehenden Statuten vorgehen ist, wird durch besondere Verordnungen ergänzt, welche der Revision jedes Kongresses unterliegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

Mit der Ausarbeitung eines Anarchistengesetzes im Ministerium des Innern hat es seine Wichtigkeit, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird. Vertraut mit der Sache ist der vor kurzem zum vortragenden Rath ernannte Geheimregierungsath von Trott zu Solz. Dieser Herr, etwa 36 Jahre alt, hat eine sehr rasche Karriere gemacht, nachdem er seinerzeit als Landrath in Pösch a. W. sich durch „scharfes“ Vorgehen gegen die Sozialdemokraten „ausgezeichnet“ hatte. Es ist derselbe Herr, der vor mehreren Jahren mit dem Prinzen von Hessen reiste, und an Bord des Schiffes war, als dieser Prinz im indischen Ozean nach einem reichlichen Trinkgelage unbemerkt über Bord fiel und ertrank. Zuletzt war er Landrath in Warburg, für welchen Kreis er konservativer Abgeordneter im Landtag ist.

Man sieht, der richtige Mann für solche Arbeit. Wenn es nur seinem neuesten Werk nicht geht wie dem Prinzen von Hessen.

Der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmet Professor DeLbrück in der politischen Korrespondenz seiner preussischen Jahrbücher eine ausführliche Betrachtung. Er erklärt sich als keinen prinzipiellen Gegner einer sich gegen unsere Partei richtenden Ausnahmegesetzgebung, er meint aber, daß unter den obwaltenden Umständen den herrschenden Gewalten „ein solches Gesetz viel mehr Schaden als Nutzen, vielmehr bloß Schaden und gar nichts Nutzen würde“. Auch gegen eine Verschärfung des gemeinen Rechtes hat der freikonservative Professor nichts einzuwenden, denn „angeregtes öffentliches Leben ist in Gefahr in Demagogie auszuarten. Das muß man zu verhüten suchen“.

Es wäre „in die Hand der Regierung gegeben, dauernd nicht nur die sozialdemokratische, sondern jede Art von Agitation niederzuhalten. Die Antifemiten, der Bund der Landwirthe, der Alexikalen, namentlich bei einem neuen Kulturkampf, würden die Randare bald zu fühlen bekommen, und wir würden zu denen gehören, die das nicht zu betrauern hätten“. Trohdem erklärt sich dieser Reaktionsär gegen derartige Maßregeln. „Ja,“ so führt er aus, „wenn man ein Mittel fände, das Gesetz generell zu gestalten, aber so, daß es doch nur für die bösen Sozialdemokraten Anwendung finden kann! Das giebt es aber leider nicht. Gehört erst Polizei-Erlaubniß zu jeder öffentlichen Versammlung und zu jedem Verein, so kann man nie wissen, welche Thären einmal alle verschlossen werden. Es ist also doch wohl besser, die Dinge zu lassen, wie sie sind.“

Nachdem er an die Aufforderung des Kaisers zum Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien erinnert hat, er-

gareth lief. — „Was giebt's da unten?“ rief Dagobert dem kurz darauf eintretenden Ammon zu, und dieser winkte ihm, jedoch die Uebriegen mit einigen Worten beruhigend, auf die Seite. — „Ein Mann ist draußen, der Euch zu sprechen wünscht“, flüsterte er wichtig; „fast bedauere ich, ihn hierher geführt zu haben; denn erst beim Laternen-schimmer im Hausgange erfuhr ich, daß der Burche ein z von dem ägyptischen Volke ist, das gestern hier eingezogen, und in Sachsenhausen Mastig hält. Vor solch' Gefindel muß man auf der Hut sein, darum hab' ich seinen Gefährten bei dem Pfortner zurückhalten lassen, — als Geißel für Eure Sicherheit, Herr, und die des Hauses. Draußen im Vorgemache wartet der zerlumpte Mensch.“

Dagobert folgte dem Fortwart mit Zuversicht und Muth und stand alsobald vor dem dunkelbraunen Gesellen, dessen Gesichtszüge die herunterhängenden Haare verbargen. — Da jedoch Dagobert die Rede an ihn richtete, da strich der Mann die Haare zurück, und fragte mit wohlbekannter Stimme: „Kennt Ihr mich nicht mehr, Herr Frosch? Bin ich Euch geworden ganz fremd?“ Er streckte die Hand dem Staunenden entgegen, welcher jedoch betroffen einige Schritte zurücktrat, und schier erschrocken ausrief: „Ben David! Mensch! bist Du's, oder äfft mich ein poffenhafter Zufall mit Deinem Gesicht und Deiner Stimme?“ — „Soll mir Gott helfen, als ich's selber bin, wie mich geboren hat die Mutter,“ erwiderte Ben David, und griff nach des Jünglings Hand, wie ein Freund nach des Freundes Hand. — Aber Dagobert wies die dargebotene Rechte erschrocken zurück, und fragte dringend und ängstlich: „Mensch! Was willst Du hier? Du bist gebannt; zittere vor Deiner Strafe; und siehe, siehe, armer Mensch! Dein Gesicht ist gekommen, um mir den heutigen Abend vollends zu trüben, und kein Glück bringt Dir dieser Gang!“

„Weh mir! weh mir!“ seufzte Ben David bekümmert, faltete die Hände, und sah hierauf wehmüthig und bekümmert in das Gesicht Dagobert's: „Bin ich gekommen darum, daß ich empfangen werde also mit Schmach und Verweis? Ist das ein Willkommen für den Schwäher, für den Vater Eurer Braut?“ — „Meiner Braut!“ fragte Dagobert noch staunender. — „Hab ich doch lassen rufen Euch, damit nicht erschrecke mein Eistherchen vor meinem langen Bart, und meiner zerlumpten Kleidung,“ fuhr Ben David fort: „Hab ich doch geglaubt zu finden in Euch ein menschlich Herz; aber jeto werdet Ihr mich führen zu meiner Tochter, damit ich sehe, ob sie verlernt hat jede Liebe zu ihrem Ette, jede Anhänglichkeit an das Geseh, das sie verlassen ist. — Mit der Zubringlichkeit, die seinem Volke und der leidenschaftlichen Bewegung eigen ist, wollte Ben

David neben Dagobert vorbei in das Gemach dringen; der junge Mann, der jetzt erst den Mißverständnis begriff, hielt ihn stark aber mildeidig zurück. — „Halt ein, Unglückseliger!“ rief er: „Du bist im Irthum, obgleich im verzeihlichen. Eisher ist nicht die Braut, die ich heimgeführt.“ — „Nicht?“ stammelte verblüfft der Jude, und hielt inne, schlug die Hände über dem Kopf zusammen, und sehte hinzu: „Nicht? unglücklicher Vater!“ — Hierauf verklärte sich aber plötzlich sein Gesicht, wie zum Danke erhoben sich seine Arme, und ein: „Nicht: Gelobt sei Gott, der hochgelobte Herr und König!“ entfuhr seinem zitternden Munde. Dagobert betrachtete ihn, mit bitteren Gefühlen kämpfend und Ben David ging bald aus seiner freudigen Erschütterung in eine unangenehme über. — „Wer weiß,“ murmelte er vor sich hin. . . . „wer weiß, ob es nicht also ist geworden schlimmer? Sagt mir, gnädigster Junker,“ sprach er laut, den Saum von Dagobert's Rocke lösend, „sagt mir, wo Eisher ist gekommen hin? Vielleicht wär' es doch gewesen besser, sie hätte geschlossen mit Euch den Bund, als . . .“ — „Beruhige Dich!“ versetzte Dagobert, der ein bitteres Lächeln nicht unterdrücken konnte: „Sie ist Eurer würdig geblieben. Sie ging mir voran in der Ehe, und Lütich's reichster Jude, Joel ist Ihr Mann!“ — Ueberrascht und zweifelnd starrte Ben David den Jüngling an; da er aber in dessen Augen Wahrheit, keine Falschheit las, so verkehrte sich schnell sein Trübniß in Jubel, außer sich vor Freude fiel er vor dem Junker auf die Kniee, und jauchzte: „Heil sei Euch, Herr, und der Segen des hochgelobten Gottes in Israel. Dank dem Propheten Elias und dem Fürsten der Barmherzigkeit, die gnädig regiert haben das Herz meiner lieben Eisher, die ich nun mit Freuden nenne mein eignes liebes Kind. Also belohnt der Herr die Treue, die an ihm hält fest wie Eisen und Gold. Ihr hättet mir geben können alle Kronen von Perl und Edelstein, und sie hätten nicht also erquickt mein Herz und meine Augen, als Eure Worte es gethan. Gern will ich sein ein schlechter Jude, und unter Euren Schuben der Staub, weil es also gekommen ist; gern mich nicht brüsten mit dem Namen Eures Schwäher-vaters, und ohne mein Kind in Pracht und Herrlichkeit zu sehen, umsonst gekommen sein zur Hochzeit. Doch,“ sagte er, sich besinnend, hinzu: „Nein! umsonst bin ich nicht da, gestrenger Junker.“ — „Du meinst des Geldes wegen, das Dir der Herzog schuldete?“ fragte Dagobert, der hinter Davids Rede jüdischen Eigennutz witterte. „Das Gold hat Deiner Tochter Gatte, Joel, schon empfangen.“

(Fortsetzung folgt.)

Parteinachrichten.

Für den Parteitag in Frankfurt a. M. sind für Breslau die Genossen Bruno Geiser und Oskar Schütz gewählt worden. Die gewählten Delegierten wurden insbesondere verpflichtet, für den Antrag der Parteigenossen von Breslau-Ost und -West, den nächsten deutschen Parteitag in Breslau stattfinden zu lassen, einzutreten.

Für die beiden Leipziger Kreise, Stadt und Land, wurden folgende Genossen gewählt: Die Genossen Pinkau und Reichel, sowie die Genossin Kühn.

Dem Parteitag sollen seitens der Barmer Parteigenossen folgende Anträge, die in einer öffentlichen Versammlung angenommen, unterbreitet werden:

1. Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes solle für die Folge 6 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages veröffentlicht werden, um den Genossen Gelegenheit zu geben, sich über denselben auszusprechen resp. Anträge dazu zu stellen.
 2. Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammenritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.
- Die Leipziger Parteigenossen stellen an dem Parteitag folgende Anträge: 1. Die Delegierten wollen dafür eintreten, daß der nächste Parteitag in Leipzig stattfindet. — 2. Der Parteitag wolle beschließen, die Zahl der Delegierten für die zukünftigen Parteitage in geeigneter Weise zu beschränken, um die praktische Arbeit dieser Vertretung unserer Partei immer noch mehr fördern zu helfen. — 3. Die Vertreter des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises werden beauftragt, auf dem Parteitage den Antrag einzubringen, daß das Protokoll des Parteitages vom Parteivorstande zum Selbstkostenpreise herausgegeben wird.

Die Kreis-Konferenz der Sozialdemokraten des Kreises Offenbach-Dieburg, welche am Sonntag in der Restauration Dornung stattfand, war von 42 Delegierten aus 19 Orten besucht. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die Gesamteinnahme 8490,01 M. betrug, der eine Ausgabe von nur 704,38 M. gegenübersteht, so daß ein Kasseeinstand von 7785,63 M. verbleibt. Beschlossen wurde, den „Odenwalder Volkfreund“ vom 1. Oktober an eingehen zu lassen, da derselbe zu große Zusätze bedarf. Statt dessen soll das „Offenbacher Abendblatt“ auch im Kreise Dieburg verbreitet werden. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Orb, Galm und Och gewählt. Die nächste Konferenz soll in Seligenstadt abgehalten werden.

In einer Parteiversammlung des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises in Hartmannsdorf waren über 200 Genossen aus dem Kreise erschienen. Zum Parteitag wurde Genosse Gims-Mittweida gewählt. Genosse Bram-Burgstädt hielt ein längeres Referat über: Sanobagitation; eine Diskussion hierüber fand nicht statt. — Mit der Haltung der Presse, der Burghärdter „Vollstimme“, erklärten sich die Anwesenden einverstanden. Die nächste Parteiversammlung des Kreises soll in Mittweida abgehalten werden. Bekannt gegeben wurde noch, daß der Abgeordnete des Kreises Schmidt-Magdeburg im Laufe des nächsten Monats einige Versammlungen abhalten werde.

Das Endergebnis der Erfurter Gewerbegerichts-Wahlen, über die wir gestern teilweise zu berichten in der Lage waren, stellt sich wie folgt: Sämtliche 11 Kandidaten der Gewerkschaftsliste wurden gewählt:

Gewerkschaftsliste	949 Stimmen.
Hirsch-Duncker'sche Gewerke	46
Evangel. Arbeiterverein	82

Arbeitgeber wurden gewählt: In der I., II., III. Gruppe siegten die Kandidaten der Unternehmerrliste (6 Mandate), in der IV. und V. Gruppe siegten sämtlich unsere Kandidaten (7 Mandate). — Demnach hat die klassenbewußte Arbeiterschaft Erfurts einen großen Sieg errungen.

In den Gewerbegerichts-Wahlen in Gera, welche am 25. dort stattgefunden, wird uns von dort mitgeteilt: Gestern fanden hier und in den umliegenden Orten zum ersten Male die Weisheitswahlen zum Gewerbegericht statt und endeten mit einem glänzenden Siege des klassenbewußten Proletariats. Die Kandidaten des Gewerkschaftsartikels sind sämtlich gewählt worden, auf dieselben entfielen 2310 Stimmen; auf die Gewerkevereiner nur 275 Stimmen. Seit Monaten hatten die Parteien sich zu den Wahlen gerüstet. Die Gewerkevereine, die sonst gleich dem Weissen im Verborgenen blühen, glaubten diese Gelegenheit zu einem kräftigen Vorstoß benützen zu können, und richtig, sie brachten auch eine Versammlung von einigen 50 Männlein zusammen, von denen sich ca. die Hälfte als Kandidaten selbst aufstellten. Ganz besonders aber sollte der evangelische „Arbeiterverein“ seine Feuerprobe gegen die „verruhten“ Sozialdemokraten und Gewerkschaften bestehen. Seit Jahren wird dieses Pfänzlein durch Unternehmerrgunst und -unterstützung groß zu ziehen gesucht. Aber auch Pastoren und Gerichtsbeamte, Fabrikdirektoren und Beamte geben einen schlechten Arbeiterverein ab. Wochenlang suchten die Macher im Verein nach geeigneten Kandidaten, jedoch mögen viele der Auswärtigen die Trauben für zu hoch befunden haben. Schließlich erklärte sich der Verein für die Kandidaten der Gewerkevereine, denen darob der Kamm gebrüderlich schwoh; sie wollten den Gewerkschaften ein zweites „Dortmund“ bereiten. Gestern haben jedoch die hiesigen Arbeiter den Harmonie-Aposteln und Beisetzern ein „Jena“ bereitet, an das sie immer denken werden.

Partei-Presse. Der Zeiter „Vollstbote“, der bisher täglich erschien, wird vom 1. Oktober ab nur noch dreimal wöchentlich erscheinen.

Der Sozialdemokratische Volksverein zu Eiberfeld wird am 1. Oktober eine Kunstausstellung errichten für alle gewerblichen und Arbeiterversicherungs-Fragen.

Ein kleiner „Kompetenzkonflikt“ scheint zwischen dem Halberstädter Agitations-Komitee und dem Bureau der am 2. September in Osterwieck stattgehabten Parteikonferenz ausgebrochen zu sein. Vom Vertrauensmann in Osterwieck geht uns ein Schreiben zu mit dem Ersuchen, es zu veröffentlichen. Denselben ist zu entnehmen, daß aus jener Konferenz die amnestierten Mitglieder der Halberstädter Agitations-Kommission mit den Beschläffen einverstanden gewesen seien; wenigstens seien Einwendungen nicht gemacht worden. Einigen Genossen in Halberstadt scheinen nun aber die Beschläffe nicht zu konvenieren. Es erachtet sich das Halberstädter Agitations-Komitee berechtigt, den in Osterwieck abgehaltenen Parteitag als ungeschähen zu betrachten, und einen neuen Parteitag nach Wernigerode zum 4. November dieses Jahres einzuberufen. Zu diesem Zweck fand am 22. d. M. in Halberstadt und am 23. d. M. in Osterwieck eine Protestversammlung statt, welche das Vorgehen des Halberstädter Agitationskomitees als eigenmächtig betrachtete, und die ganze Handlungsweise mißbilligte und nur für geeignet halten, eine Zerplitterung in den Reihen der Genossen herbeizuführen. — Wir sind mit der Veröffentlichung des Obigen lediglich dem Wunsch der Einsender nachgekommen, ohne damit in die Differenz, die uns als recht unerheblich erscheint, eingreifen zu wollen. Red. des „Vorw.“

klart er, daß durch Polizeimaßregeln unsere Gegner bloß eingeschüchelt würden und fährt dann fort: „Die polizeiliche Vorbeugung gegen die Ausbreitung der sozialdemokratischen Partei und Parteilehren ist nicht etwa zu verächtlichen, sondern aufzugeben, und dieser Theil des Kampfes in einer reinlichen Scheidung ausschließlich den Parteien zu überlassen. Nicht einmal eine Hoffnung, daß die Polizei ihnen hierin zu Hilfe kommen könnte, ist den Parteien zu lassen, da sie sonst nicht den genügenden Eifer entwickeln.“

Diese Ausführungen, aus denen wir nur das für den Standpunkt Delbrück's Beachtenswerthe und nicht das zur Nichtigstellung Herausfordernde abgedruckt haben, schließt er mit den folgenden Sätzen:

„Ein Sozialdemokrat, dem etwa Muth und Zuversicht schwach werden möchten, braucht nur acht Tage die „Post“ zu lesen, um wieder alle seine Hoffnungen befestigt zu sehen. Wenn dem Gegner vor Angst schon so alle Glieder schlottern, darf er sich sagen, muß unsere Sache doch ganz gut stehen. Hier zeigt sich zum zweiten Male die unfehlige Folge der Wahrheit. Das fortwährende Aufen nach der Polizei und die kleinen Chikanen, durch die man die Thätigkeit der Sozialdemokratie zu hemmen sucht, schaden ihr nicht, sondern nähren nur ihre Illusionen, und aus den Illusionen erwächst Enthusiasmus und Kraft.“

„Ich kann auch sehr unangenehm werden“, sagte der König von Preußen vor drei Tagen bei seiner Abreise von Thorn zu den Bürgermeister dieser Stadt. —

Für die Begriffsverwirrung, die in gewissen für politisch einflußreich und staatsmännisch klug geltenden Kreisen herrscht, ist die „nationale“ Polen-hag recht bezeichnend, die jetzt von unseren spezifisch „nationalen“ Rädelsführern in Szene gesetzt wird. Diese Unglücklichen haben nämlich vergessen, daß die neue Militärvorlage, die von ihnen selbst weiland als „Kronung“ des nationalen Baues, hingestellt ward, nur mit Hilfe der Polen im Deutschen Reichstag durchgedrückt werden konnte. Der „nationale Bau“ von den Nationalfeinden gekrönt — das ist freilich für unsere Chauvinisten eine fast ebenso fatale Thatsache, wie die, daß die deutsche Kaiserkrone dem König Wilhelm I. von Preußen durch einen Irrthum, den später im Starnberger See ertrunkenen Ludwig II. von Bayern angeboten wurde. Inwiefern angenehm oder unangenehm, mit der Thatsache muß doch gerechnet werden.

Die Herren Polen aber, sie haben nun ihren Lohn. —

Das Chaos, in welchem die Kreuzritter gegen die „Amsturzpartei“ herumtaumeln, wird prächtig beleuchtet durch Aeußerungen, welche der Erzbischof von Posen, Herr v. Stablewski, in einem Gespräch mit Zeitungsvertretern gemacht hat. Man sieht, auch Erzbischöfe, gleich anderen hohen Herren, benutzen den nicht mehr ungewöhnlichen Weg des Interviews, wenn sie keinen besseren finden. Zunächst macht der Herr Erzbischof sich lustig über die denunziatorische Schnüffelei der deutschen Heypatrioten; spricht von der Lächerlichkeit eines angeblichen Strebens auf Lostrennung von Preußen und von der Unmöglichkeit eines Aufstands; klagt die deutsche Gesetzgebung an — und zwar wohlgemerkt, die aus der Bismarck'schen Ära — den Sozialismus auf das Land „förmlich gedrängt“ zu haben; zeigt, daß auch die deutschen Gutsherrn ohne polnische Arbeiter nicht auskommen können; erklärt den lange von oben begünstigten Antisemitismus für eine „häßliche“ Form des Sozialismus; und führt aus, daß die Unterdrückung des polnischen Elementes naturgemäß einen Gegendruck von polnischer Seite hervorrufen müsse — was die Herren Polenheger sich hinter die Ohren schreiben, und worüber sie nachdenken mögen, falls sie noch denkfähig sind. —

Der Alkohol des Kulturkampfes soll wieder herhalten, um künstliches Leben in die blutarmen Adern der Bourgeoispartei zu spritzen. Zum 9. Dezember soll die dreihundertjährige Wiederkehr des Geburtstages des Schwedenkönigs Gustav Adolf als deutsches Nationalfest mit allem Pomp feierlich begangen werden. Die ultramontanen Blätter seihen in dieser Feier ein Fest der ersten Klasse, das zu Orgien des konfessionellen Hoffes Anlaß gebe. Sie erinnern daran, daß mit diesem Feste gerade die Zerfleischung Deutschlands durch seine Fürsten gefeiert wird, die es nicht verschmähten, das Ausland herbeizurufen und seine Hilfe durch Glücke deutschen Landes zu erkaufen. Man mag Gustav Adolf noch so hoch schätzen — höher stand er jedenfalls wie die gleichzeitigen deutschen Fürsten — aber wir glauben, daß am wenigsten Anlaß dazu vorhanden ist, das größte Schandblatt der deutschen Geschichte durch eine Jubelfeier wieder aufzufrischen. Im protestantischen Lager herrscht mittlerweile der größte Wettstreit zwischen Orthodoxen und Liberalen um den größten Antheil an der Gustav-Adolph-Feier. Das wird also vor Weihnachten noch ein tolles Fastnachtsspiel geben, wenn nur die Teilnehmer an denselben nicht gar so trübselige Gesellen wären. —

„Unterschlagen“ hat Pincher der Zweite die „Barziner Rede“ des Ex-Kanzlers, ihr bloß 40 Zeilen gewidmet! Inwiefern während das Ex-Reptil Bismarck's (oder ist er noch nicht Ex?), der „Nationalliberale Korrespondenz“-Wöttcher. Nun, es waren noch 40 Zeilen zu viel, denn all den Kohl, den die alte Kaktusliste da gegen die Polen aufgewährt hat, haben wir schon vor 30 und 40 Jahren so oft vorgeföhrt bekommen, daß er uns damals schon anekelte. Und beim Aufwärmen hat der zur Nussigkeit abgestandene Kohl wahrhaftig nicht gewonnen. —

Ueber „Partei-Spielereien“ leitartikelt und spottet heute — Herr Eugen Richter. —

Die eine Hand weiß nicht was die andere schreibt. Dieses Sprüchlein hat Herr Eugen Richter sich zugelegt, dessen eine Hand heute, in heisser Verteidigung Böhmke's des Großen, den bösen Sozialdemokraten eine Notiz an den Kopf wirft, des Inhalts, daß sie in den boypottfreien Brauereien alle möglichen Mißbräuche zum Schaden der Arbeiter bulden, — und dessen andere Hand, wie zum Hohn: unmittelbar über diese Notiz eine andere setzt, des Inhalts, daß die Sozialdemokraten den boypottfreien Brauereien tyrannische Bedingungen im einseitigen Arbeiterinteresse auferlegt haben. Giebt es denn kein Mittel, eine Verständigung zwischen den zwei Händen des Herrn Eugen Richter herbeizuführen? —

Der nationalliberale Parteitag wird am 30. Septbr. in Frankfurt a. M. stattfinden, er soll es wieder unterlassen, das ganz durchlöcherete Parteiprogramm zu flicken, und sich im wesentlichen mit Kannegießerei über die allgemeine politische Lage besaffen. Weiter sind Reden,

nicht Verhandlungen und Beschlußfassungen über die Reichsfinanzen, die Landwirtschaft, das Handwerk, den gewerblichen Mittelstand und die Kolonialpolitik angezeigt. Viel wird dabei nicht herauskommen. —

Eine vereinzelt Maßregel gegen die Kartelle ist zu registriren. Die dem deutschen Buchhändler-Vereine angehörenden Verleger haben bekanntlich ein Abkommen getroffen, wonach sie Sortiment-Buchhändlern, welche einen größeren, als den gebräuchlichen Rabatt gewähren, ihren Verlag sperren. Eine solche Sperre war über die Firma Lipsius u. Tischer in Kiel wegen Schleuderei verhängt worden. Auf die Anzeige der Firma hat nun, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, die Staatsanwaltschaft zu Kiel gegen den Vorsteher des Vereines, Buchhändler Dr. Ed. Brodhaus in Leipzig das Strafverfahren wegen Erpressungsversuches eröffnet.

Wir sind überzeugt, daß man mit dem Strafgesetze der Kartellirung in der Industrie kein unüberwindliches Hemmnis bereiten kann. —

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar wurde, wie uns eine Privatbespeche meldet, Genosse Baudert wiedergewählt. —

Die Wahlrechtsbewegung in Oesterreich, die den Sommer über ein ruhigeres Tempo angenommen hatte, wird, wie unser Wiener Korrespondent schreibt, mit dem Herannahen der Reichstagsession wieder lebhafter. Die Herren Koalitionen, die gehofft hatten, der Kampf um das politische Recht werde ausgehen wie das Hornberger Schießen, werden sich bitter enttäuscht finden. In Wien wie in den Provinzen rührt es sich wieder gewaltiger als je, und das Parlament wird sich mit der Wahlreform beschäftigen müssen, ob es will oder nicht. Die ersten Sturmzüge zeigen sich. In der Nacht vom 25. September wurden in Wien und allen größeren Städten des Landes viele Hunderttausende von kleinen Flugblättern vertheilt und an allen Straßenecken plakatirt. Zum großen Entsetzen eines verächtlichen Publikums und einer läßlichen Polizei kann man nun allüberall auf rothen Plakaten die fürchterlichen Worte lesen: „Heraus mit dem allgemeinen gleichen, direkten Wahlrecht! Weg mit der Interessentvertretung!“ So wenig dieser Laut zu inkriminiren ist, so begründet doch die Verbreitung desselben in dem verropften Oesterreich ein Strafdelikt, die Uebertretung des berüchtigten § 23 des Pressgesetzes und eine Flugblattverbreitung, die in Berlin ganz ungehindert vor sich gieng, hat in Wien hunderte von Polizisten auf die Beine gebracht. Natürlich wurden Verhaftungen vorgenommen, die ebenso natürlich sofort wieder aufgehoben werden mußten. Aber die Polizei macht eben wieder einmal einen erfolglosen Versuch, ob sie durch Einschüchterung etwas erreichen kann.

Bemerkenswerth ist, daß die Koalitions-Presse über das Wiederersehen der Wahlrechts-Bewegung ganz außer sich ist. Die politischen Strauchritter, welche an der Spitze des Konjunktums zur ökonomischen und politischen Exploitation Oesterreichs stehen, sind ganz erstaunt, daß die Arbeiterschaft dem Kavalierworte des Fürsten Windischgrätz nicht traut und energisch auf ihrem Recht besteht. Für die Regierung ist die Verlegenheit keine geringe, denn die Quadratur des Kreises: allgemeines Wahlrecht mit Erhaltung des Besitzthandes der privilegierten Parteien, hat sie natürlich noch nicht gefunden.

Die Parlamentssession wird interessanter werden, als sich die Staatsmänner vorstellen — und als sie wünschen. —

Wer macht die Anarchisten? In der „Voss'schen Zeitung“ finden wir — siehe das gestrige Abendblatt — folgende Notiz:

Brüssel, 25. September. Ueber den vielgenannten russischen Baron von Sternberg wird allmählig einiges Licht verbreitet. Dem katholischen Brüsseler „Patriote“, dessen nahe Beziehungen zu den Regierungskreisen bekannt sind, wird aus Lüttich „von gut unterrichteter Seite her“ geschrieben, daß der Baron „in der That ein geheimer Agent war, aber seine Anweisungen überschritten hat“. Er erhielt fortwährend in Lüttich „auf fast amtliche Weise“ ansehnliche Geldsendungen; einzelne Anweisungen lauteten auf 500 Rubel. Da an seine Auslieferung nicht zu denken ist, so wird der Lütticher Untersuchungsrichter Seny nach Petersburg reisen müssen, um die Aussagen des Barons zu hören und damit die Untersuchung gegen die Lütticher Anarchisten abzuschließen.

Er hat „seine Anweisungen überschritten“. Das sagte bekanntlich auch unser Puttkamer von seinen Nichtgentlemen“. Und wer bürgt uns denn dafür, daß nicht auch verschiedene der in Frankreich gelöpften „Anarchisten“ bloß „ihre Instruktionen überschritten“ haben — z. B. Herr Baillant, der Hauptheld der „Anarchisten“, dessen dauernde Beziehungen zur Polizei absolut zweifellos sind? Jedenfalls ist durch Sternberg wieder einmal der Beweis geliefert, daß Regierungen es sind, welche, in ihrem reaktionären Interesse, „Anarchisten“ und „Attentate“ systematisch züchten.

Betreffs des Ungarn-Sternberg stehen beiläufig noch weitere Enthüllungen bevor. Alles Belastungsmaterial haben seine Beschüger nicht aus dem Weg schaffen können. —

China und Japan. Während die beiden streitenden Mächte mit aller Kraft zu einem neuen Schlage ausholen und zu neuer Mehelei sich vorbereiten, hat die europäische und amerikanische Diplomatie ihr Vermittelungswerk, das freilich auch Intriguenwerk ist, begonnen. Es hat sich zwar nicht bestätigt, daß Rußland und England gemeinsam einen Waffenstillstand vorgeschlagen hätten, dagegen scheint es gewiß, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, die neutralste von allen, sich zur Vermittlerrolle bereit erklärt hat.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt über die Absichten Rußlands:

„Der Sieg der Japaner bei Pjong-jang hat in Rußland große Unzufriedenheit hervorgerufen. In offenbar inspirierten Artikeln nehmen die russischen Blätter Stellung gegen Japan und erklären im Namen der Regierung, daß Rußland eine Befehung Korea's durch Japan unter keinen Umständen dulden würde. Die „Nowoje Wremja“ sagt in drohend warnendem Tone, Rußland verhalte auch nach der Niederlage der Chinesen auf seinem früheren Standpunkte. Die Selbständigkeit Korea's dürfe nicht angetastet werden. Wenn Japan nicht davor zurückschrecke, den Kriegsschauplatz auf chinesisches Territorium zu verlegen, so müsse es aber auch wissen, daß es im Falle eines endgiltigen Sieges nicht in Korea, sondern anderswo Kriegsschadigung zu suchen hätte. Die „Nowosti“ betonen, die Selbständigkeit Korea's sei für Rußland von so großer Bedeutung, daß eine Befehung des Königreichs durch Japan um keinen Preis zugelassen werden dürfe. Daß die russische Regierung sich auf eine Einmischung in den chinesisch-japanischen Konflikt vorbereite, erhelle aus einer Meldung der heutigen „Nowosti“ über eine Konzentrierung der russischen Quadre in Wladiwostok.“

Überall sind es die Sozialdemokraten, welche für das Volk eintreten. In Ronsdorf in Westfalen hatte, wie die Elberfelder „Freie Presse“ mitteilt, der sozialdemokratische Arbeiterverein beim Stadtrath beantragt, alle indirekten Steuern abzulehnen. Dies ist denn auch geschehen, bis die Herren Stadtväter umgefallen sind und so ist jetzt die Biersteuer eingeführt und andere stehen in Aussicht. Ein anderer Antrag, den Jenseits für die Stadterordnetenwahl herabzusetzen, wurde, da nur ein Sozialdemokrat im Stadtparlament sitzt, abgelehnt. Jedenfalls reden diese Thatsachen laut genug zu der Bevölkerung, so daß sie in Zukunft nur Sozialdemokraten in das Rathhaus entsendet.

Der Honorarwindel, den wir bereits an dieser Stelle festgenagelt, macht natürlich, trotzdem er besser gerade, weil er so überaus dümm und plump, die Kunde durch die kleinen und kleinsten Amtsblättchen. Auch das „Zwickauer Wochenblatt“ hatte die Notiz prompt nachgedruckt; warum auch nicht, geht sie doch gegen die verhassten Nothen. Die „Neuzeit“ nimmt nun Gelegenheit, dem Wochenblatt u. a. folgendes zu erwidern: Wenn die Blätter sich einmal um die Nebenhonore im armen Boglande kümmern wollten, da würden sie erfahren, daß die „Agitatoren“ meist keinen Pfennig, weder verlegtes Geld, noch Vortragshonorar bekommen können, eben weil die Leute zu arm sind. Daß die „Agitatoren“ nicht noch ihre eigenen geringen Baarmittel verzeihen, sondern Wiedererstattung und billige Auslösung verlangen, ist gewiß kein unbilliches Verlangen.

Aus New-York wird uns unter'm 15. d. M. geschrieben: In Detroit hatten die sozialistisch gesonnenen Organisationen eine neue Konvention einberufen, da sie — wie mitgeteilt — auf der vorher stattgehabten allgemeinen Konvention durch parlamentarische Tricks der politischen Traktierer „über's Ohr gehauen“ worden waren. Leider konnte man sich nicht dazu entschließen, offen Farbe zu bekennen und der Wahlkampagne-Partei den richtigen Namen zu geben; man wählte den etwas rellamohast klingenden: The Strictly Independent Labor Party.

Der Orden der „Knights of Labor“ soll im letzten Jahre 600 neue Lokalorganisationen (Assemblies) gegründet haben. Seit der Befreiung von Detroit und seines „Kings“ ist die Sympathie für den Orden bedeutend gestiegen; wie schon oben bemerkt, haben sich ihm vor einiger Zeit auch die hiesigen fortschrittlichen Organisationen der Arbeiter in der Bekleidungs-Industrie angeschlossen.

In Chicago hat der Prozeß gegen die Führer der „Am. Railway-Union“ begonnen. Die Verteidigung stützt sich darauf, daß den Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, die betreffenden Handlungen (Verletzung der richterlichen Inhaltsbefehle) begangen zu haben. Für die amerikanische Arbeiterbewegung wäre es freilich besser gewesen, wenn die Sache anders angepaßt worden wäre, die Angeklagten jene Handlungen zugegeben, aber auf ihrem „guten Recht“ zu ihrer Begehung bestanden hätten!

Noch ein anderer Prozeß von Interesse findet gegenwärtig in Chicago statt, nämlich der gegen eine Anzahl „Anarchisten“, welche das Geschäft der Brandstiftung betrieben haben sollen, wie es vor einer Reihe Jahre hier in New-York in gleicher Weise praktiziert wurde; jene „Propaganda der That“ fand ihren Abschluß durch einen Brand, bei dem zwei Menschen um's Leben kamen. Der berüchtigte Penkert, welcher vor ungefähr einem Jahre von hier nach Chicago übersiedelte, hat sich kurz vor Beginn des Prozesses nach Milwaukee verzogen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die für die Wirthschaft bei Neustadt a. d. Orla am 24. geplante öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Reichstädt-Abgeordneter P. Reishaus über die Sozialdemokratie und ihre Gegner referiren wollte, ist 2 Stunden vor der angegebenen Eröffnungzeit (6 Uhr Abends) verboten worden, weil R. „ein bekannter, gewerbenähmiger, sozialdemokratischer Agitator“ sei und durch die Tagesordnung die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet erscheine! — In Weid a. wurde die Versammlung am 22. deswegen verboten, weil — das Schützenhaus von der Stadt so abgelegen sei! — Sachsen-Weimar scheint noch räudischer wie Rußland zu werden.

Konfiszirt wurde die Nr. 224 der Magdeburger „Volkstimme“. In der Beilage derselben befindet sich unter der Rubrik „Heiteres“ ein kleiner Artikel, welcher in scherzhafter Weise über den „Spinnnamen des deutschen Kaisers“ berichtet. Der kleine Artikel ist der bürgerlichen Presse entnommen und noch heute in allen diesen Blättern zu lesen. Durch den Nachdruck dieses Artikels soll genanntes Blatt eine Majestätsbeleidigung begangen haben. — Konfiszirt wurden 61 Exemplare.

Soziale Ueberblick.

Arbeiterisiko. Auf Zech „Lothringen“ bei Castrop stürzte ein beladener Förderwagen auf den Kesselwärter und zerdrückte ihm den Brustkorb. Der Unglückliche wurde in hoffnungslosem Zustande ins Spital geschafft. — Auf Zech „Monopol“ wurde ein Arbeiter vom Krummzapfen der Fördermaschine erfasst, in den Oelkammer gezogen und total zerquetscht. Der Tod trat sofort ein.

Ein städtisches Vermittlungsamt wird demnächst auch die Stadt Elberfeld besitzen. Die Stadterordneten beschloßen in ihrer letzten Sitzung ein solches zu errichten und 3000 M. aus dem Stadtsäckel zu bewilligen. Die Aufsicht wird dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und 12 Gewerbebeisitzern übertragen. Die Vermittlung soll sich vorläufig beschränken auf die männlichen Arbeiter. Ein Herr v. d. Seydt trat energisch dafür ein, auch die Frauen und Mädchen zuzulassen; auch kostete Redner, daß die Einrichtung noch weiter ausgebaut werden würde, namentlich denke er an die Arbeitslosenversicherung.

Unterstützungskasse ober-schlesischer Bergleute. Die „Breslauer Morgenzeitung“ berichtet:

„In Zaborsze hat sich ein Verein unter dem Namen „Unterstützungskasse ober-schlesischer Bergleute“ vor einiger Zeit gebildet, aus dessen Statuten nach Ansicht der dortigen Polizeibehörde hervorgeht, daß der Verein bezweckt, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Der Vorstand dieses Vereins weigerte sich jedoch, trotz polizeilicher Aufforderung, das Mitglieder-Verzeichnis der Ortspolizei-Behörde einzureichen, indem er angiebt, daß die genannte Unterstützungskasse ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes nicht sei. Infolge dessen ist, wie der „Oberschl. Anz.“ berichtet, gegen die Vorstandsmitglieder Penzlop, Kaczaj und Bartoziej aus Zaborsze Anklage bei der königlichen Amtsverwaltung aus §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erhoben worden.“ Hierauf antwortet unser Breslauer Bruderorgan: Die „Morgen-Zeitung“ ist wieder einmal zu früh ausgefallen und hat sich hingeseht und auf's Geratewohl etwas zusammengeschrieben, was sie selbst später als eine grenzenlose Dummheit anerkennen muß. Eine „Unterstützungskasse“ soll sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen und dies besteht darin — wir wollen das der „Morgen-Zeitung“ verrathen — daß freiwillige Beiträge gesammelt und erforderlichen Falles die Mitglieder unterstützt werden. Was die Frage der Anmeldung der Mitglieder anbelangt, so hat sich die Behörde in einem Irrthum befunden. — Die Behörde hat das auch selbst zugegeben — und werden Mitglieder nicht angemeldet. Eine Anklage gegen die Vorstandsmitglieder ist nicht erhoben.

Die Kosten des Londoner Drochsenkutscher-Streiks, welcher vom 17.—23. Juni d. J. dauerte, belaufen sich auf 8111 Pfund Sterling (162 820 M.). Die Gewerkschaft, die bei Beginn des Streiks fast nur dem Namen nach bestand, zählte wenige Tage nach Ausbruch des Streiks schon 10 000 Mitglieder.

Welche Summen in England für Streiks zusammengebracht werden, ist daraus ersichtlich, daß die Gewerkschaft noch einige Tausend Mark vom Streikfonds übrig behält.

Ueber die Lage der Bekleidungsindustrie in Nordamerika berichtet man aus New-York: In der letzten Zeit hatten die Unternehmer der (Konfektions-) Bekleidungsindustrie, da die von denselben hergestellte „Shoddy“-Waare — das lumpigste aller amerikanischen Produkte — wohl am ehesten aufgebraucht worden ist, massenhaft Stoff zuschneiden lassen; und dies brachte sofort Leben in die übrigen Arbeiter jener Industrie, welche mit geringen Ausnahmen nicht direkt, wie die Zuschneider, von den Unternehmern beschäftigt, sondern von sog. Kontraktoren, den bekannten „Schwitz-Bossen“ ausgehunden werden, welche die zugeschnittenen Stoffe von jenen zur Fertigstellung erhalten. — Die Bezeichnung „Schindens“ ist seit Eintritt der Krise wieder die einzig richtige geworden, indem die früheren Errungenschaften der Arbeiter bezüglich einigermassen „anständiger“ Bezahlung und „vernünftiger“ Arbeitszeit verloren gingen, und zwar dadurch, daß die „Sweaters“ — angeblich dazu genöthigt durch die schlechtere Bezahlung seitens der Unternehmer — eine neue Methode einführen, das sogenannte „Ziel-System“. Dasselbe besteht (resp. besteht) darin, daß je einer Gruppe Arbeiter, welche zur Fertigstellung eines Kleidungsstückes nöthig sind, eine bestimmte Anzahl solcher gegen eine bestimmte Pauschsumme in Arbeit gegeben werden. Die Berechnung war erst auf die damals für die Wochenlohn-Arbeiter errungene zehnstündige Arbeitszeit basirt, aber die Zahl der für jenen Betrag fertigzustellenden Kleidungsstücke wurde immer höher gefordert, so daß die Leute schließlich die Arbeit, selbst bei 24-stündiger Arbeitszeit, überhaupt nicht bewältigen konnten und Hilfskräfte hinzuziehen mußten. An Widerstand war nicht zu denken, da ja nur ein Bruchtheil der Arbeiter beschäftigt hatte, die übrigen aber zu Mitgliedern der „kapitalistischen Reserve-Armee“ geworden waren. Der Leser wird verstehen!

Schon seit einigen Monaten jatte sich in der Bekleidungsindustrie eine Besserung bemerklich gemacht, und dadurch, sowie durch den vorhin erwähnten Umstand — Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeiter als früher für Herstellung eines bestimmten Quantum — war die Zahl der Beschäftigten immer größer geworden; dies wurde beunruhigt zur Stärkung der verschiedenen Organisationen, und als sich jetzt endlich die Gelegenheit bot, die Offensive ergreifen zu können, waren dieselben launpfergerüstet. Freilich nicht einheitlich, indem ein Theil unter Führung des alten Elements als „United Garment Workers“ organisiert ist, der andere, fortschrittliche, sich vor einiger Zeit dem Orden der „Knights of Labor“ angeschlossen hat, nachdem vorher eine „Reinigung“ in denselben stattgefunden hatte, worüber ich f. Z. berichtete. Erstere hatten in ihren Forderungen an die Kontraktoren u. a. die Bedingung gestellt, daß dieselben nur Mitglieder ihrer Organisation beschäftigen dürften, und das hätte unter Umständen zu einer Niederlage führen können; so aber fand man den Ausweg, daß die beiden Organisationen mit den betreffenden Kontraktoren, für welche ihre Mitglieder bisher arbeiteten, einzeln unterhandeln. Heute schon kann das „Ziel-System“, wenigstens für die Dauer der besseren Geschäftsperiode, als abgesehen betrachtet werden, wenn der Kampf auch noch nicht nach allen Richtungen entschieden ist. Die Kontraktoren kräuben sich besonders gegen die Forderung, Bürgschaft für prompte Einhaltung des Vertrages zu stellen.

Gewerkchaftliches.

An die Töpfer in Berlin und Umgegend! Kollegen! Der Herbst rückt immer näher und mit ihm stellen sich auch die rauhen Tage ein, unter denen wir sowie alle Bauarbeiter auf den Bauten am meisten zu leiden haben. Es ist daher unsere Pflicht, wie bisher in den Vorjahren, so auch wiederum in diesem Jahre dafür einzutreten, daß überall da, wo Arbeiten in den Bauten ausgeführt werden, dieselben mit verglasten Fenstern versehen sein müssen. Wir erinnern daher an den Beschluß, den die Töpfer vor Jahren gefaßt haben, der dahin ging, daß vom Montag, den 15. Oktober, ab alle diese Bauten zu meiden sind, wo das Unternehmertum unsere Forderungen nicht erfüllt hat.

Kollegen! Eure Pflicht muß es daher sein, überall für unsere gerechte Forderung zu agitiren. Sendet eure Vertrauensleute, die auf den Bauten gewählt sind, zu der am Montag stattfindenden Vertrauensmännersitzung. Gustav Meizer, Vertrauensmann.

Zur Fensterfrage haben die Töpfer Bresslau's Stellung genommen. Eine Versammlung beschloß einstimmig, vom 15. Oktober ab auf diejenigen Bauten, wo die Fenster nicht verglast sind, die Arbeit niederzulegen. Die Meister sollen davon durch Vertrauensleute in Kenntniß gesetzt werden. Etwa streikende Kollegen sollen unterstützt werden; die Arbeitenden zahlen zu diesem Zweck 5, eventuell auch 10 Prozent ihres Wochenlohes.

IX. Deutscher Töpfer-Kongress in Görlitz. (Fortsetzung.)

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, des Ausschusses etc. 2. Bericht der internationalen Kommission (vergl. gestrige Nummer). 3. Statutenberathung. 4. Anträge. 5. Wahlen. In seinem Bericht betont der Vorsitzende Kauffich-Berlin, daß, trotzdem mehrere Beitragsklassen vorgesehen sind, zumieist nur die untere Klasse (15 Pf. pro Woche) von den Filialen in Abzug gebracht sei; eine höhere Beitragsleistung müsse unbedingt eintreten. Die Agitation unter den Ziegleren habe verhältnismäßig guten Erfolg gehabt. Der Vorstand legte Gewicht darauf, daß die Leistungen der Organisation bezüglich der Unterführungen erweitert werden. — Aus dem Kassenericht ist hervorzuheben: Einnahme der örtlichen Verwaltungen 29 897,19 M., Ausgabe 28 360,50 M., darunter Wander-Unterstützung 8281,63 M.; Kassenbestand in den Filialen 1036,69 M. Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 86 220,99 M., darunter Bestand der freiwilligen Steuer vom letzten Kongress (1893) 3658,86 M.; die Gesamtausgabe beträgt 85 754,87 M. — Die Organfrage gab Anlaß zu langen und lebhaften Debatten. Unter Ablehnung aller Anträge, die ein 14-tägiges Erscheinen etc. bezweckten, wurde beschlossen, den „Töpfer“ auch künftig jede Woche erscheinen zu lassen mit der Bestimmung, daß: Zweck die Berichte über die Lage der Kollegen allerorts und Geschäftliches, zweitens Korrespondenzen und wenn dann noch Raum vorhanden ist, etwaige beherrschende Artikel Aufnahme finden sollen.“ Durch Uebergang zur Tagesordnung wurde ein Antrag Stuttgart erledigt, der verlangte, die gegenwärtige, zentrale Organisation aufzulösen und eine lose (lokale) Organisation wieder einzuführen. Zum § 1 Zweck des Vereins wurde hinzugefügt: Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung und Errichtung von Arbeitsnachweise-Bureaus. Das Eintrittsgeld normirt man auf 50 Pf. Beiträge werden je nach dem Arbeitsverdienst in vier Klassen 15, 20, 25 und 30 Pf. pro Woche erhoben, über 21 M. tritt der letztere Satz in Kraft. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß keiner Filiale das Recht zusteht, anders zu verfahren und eventuell gleichmäßige Beiträge zu erheben; wandernde Kollegen zahlen 15 Pfennige Beitrag. An Wander-Unterstützung wird für die Folge in jedem Falle jährlich nur bis zur Höhe von 30 Mark gewährt. Bei Streiks wird die Unterstützung den örtlichen Verhältnissen gemäß geleistet. Falls Ertragsmangel nöthig werden, hat der Zentralvorstand die Genehmigung dazu durch Abstimmung

*) Befanlich ist die Arbeitstheilung in jener Industrie eine auf's Aeußerste durchgeführte; sind doch selbst das Knopflochmachen und Nägen besondere Handlungen, welche von eigens darauf eingeebneten Arbeitern betrieben werden, die nichts anderes können.

einzuholen; er muß überhaupt dazu schreiten, wenn 10 Filialen dies beantragen. Ein weiterer Beschluß geht dahin, alle zwei Jahre eine Verfassungskonferenz aufzunehmen. Der von einigen Orten gleichlautend gestellte Antrag, einen Verband aller Arbeiter der keramischen Industrie zu gründen, wurde der internationalen Kommission überwiesen. Die Agitation soll besonders gepflegt werden; Konferenzen werden je nach Umständen einberufen, die Kosten decken die Filialen. — Mit Rücksicht darauf, daß Ziegler etc. dem Verein angehören, erhielt die Organisation den Titel Verband der Thonwaren-Arbeiter. Das neue Statut tritt mit dem 1. Januar 1895 in Kraft. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin. Zum Vorsitzenden wurde Kauffich wiedergewählt, als Hauptkassirer Greier-Berlin; das Gehalt des Ersteren wurde nach längerer Debatte auf 1800 M. pro Jahr festgesetzt. Als Sitz der Prekominmission wurde Dresden bestimmt, nach Nürnberg kommt der Ausschuß und nach Eberswalde der Generalkonferenz. Die Kongresse finden nur alle zwei Jahre statt; der nächste tagt in Hildesheim. 25 Pfg. sind halbjährlich als Delegirtensteuer zu zahlen. Der Kongress bestimmte ferner, daß die Marken, soweit nöthig, nachgezogen werden sollen. — Der Kongress schloß am Mittwoch Nachmittag unter den üblichen Formalitäten. Von den ausländischen Delegirten, welche den Verhandlungen bis zum Schluß mit großem Interesse folgten, betheiligte sich der Vertreter von Wien, Hell besonders lebhaft an den Verhandlungen.

Achtung, Steinmehler! Sämtliche Steinmehler der Firma R. Müller in Bädungen (Oberhessen) haben wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. Wir bitten deshalb die Kollegen, den Zugang strengstens fernzuhalten. Wenn dieselben ihre Solidarität bewahren, so wird der Sieg auch uns werden. Sendungen sowie Anfragen sind zu richten an: Karl Schäfer, Bädungen (Oberhessen). — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Oesterreichische Streiks. In Piesting streiken 76 Feilenarbeiter und Schmiede. Sie fordern: Zehnstündige Arbeitszeit; Entsprechende Tarifierhöhung; Freigabe des 1. Mai; Wiederaufnahme eines gemäßigten Genossen; humane Behandlung von Seiten von Vorgesetzten.

Die Dreher in der Porzellanfabrik in Elbing haben die Kündigung eingereicht, da man ihnen eine 10—20 prozentige Lohnreduzierung zumuthete.

Sechshundert Bergleute des Kohlenwerkes „Hazard“ zu Tarnines — so wird aus Ramur (Frankreich) berichtet — haben behufs Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt.

Versammlungen.

Im Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche referirte am 18. September Fräulein Waader über das Thema: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage?“ Der Vortrag bot in seiner Gesamtheit eine treffende Kritik der Zustände in der Wäschebranche, die in der Diskussion durch den Kollegen K. H. B. noch einige Ergänzungen erfuhr. Der hierauf vom Kassirer gegebene Bericht weist eine Einnahme von 124,42 M. und eine Ausgabe von 54,95 M. auf. Als Revisoren wurden sodann die Mitglieder Stanowski, Ludwig, Krüger und Frau Pelz ernannt.

Besammlungen. In der am 18. Septbr. stattgehabten Versammlung der Filiale II des Textilarbeiter-Verbandes hielt Herr Dr. Verußein einen medizinischen Vortrag, den die Anwesenden mit Interesse verfolgten. — Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die Abhaltung der Versammlungen dem Ermessen des Vorstandes zu überlassen. — Eine langwierige Debatte verurtheilte das Verhalten des Arbeitsnachweis-Wirtbes Vänberg, welcher sich zu Beginn des Monats erst nach langem Zögern den Forderungen der Arbeiter gefügt habe. Da jedoch das jetzige Verhalten desselben in seiner Beziehung Anlaß zu Beschwerden gebe, so glaubte man von weiteren Schritten Abstand nehmen zu müssen. — Seitens des Kollegen Müller wurde bemängelt, daß den auf der Wanderschaft befindlichen arbeitslosen Mitgliedern die laufenden Beiträge von der Unterführung abgezogen würden, während die am Orte verbleibenden Mitglieder bei Arbeitslosigkeit keine Beiträge zahlen. Der anwesende Verbandsvorsitzende Kollege Hüfch entgegnete hierauf, daß die reisenden Mitglieder schon durch die ihnen zugewiesene Unterführung im Vortheil seien, so daß es nur der Gerechtigkeit entspreche, wenn man den Arbeitslosen am Ort, die diesen Vortheil nicht genießen, wenigstens die Beiträge erlasse. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden.

Depeschen.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Wien, 26. Sept. Professor Boltmann gab in der heutigen Sitzung des Naturforschertages eine Erklärung dahin ab, daß er die Lösung der Frage, betreffend die Venbarkeit des Luftballons für wahrscheinlich, und zwar schon für die nächste Zeit bevorstehend, halte.

Lemberg, 27. September. Die Cholera ist in ganz Galizien stark in der Abnahme begriffen.

Mailand, 27. September. Unweit der Station Rochetta ließ ein Schnellzug in voller Fahrt auf eine rangierende Lokomotive. Zwei Personenwagen wurden total zertrümmert. Ein Reisender wurde getödtet. Mehrere andere Passagiere sind schwer verletzt.

Amsterdam, 27. September. Neuerdings eingetroffenen Nachrichten zufolge soll über den Frieden verhandelt werden, da die Eroberung von Mataran große Schwierigkeiten bereitet.

Paris, 27. September. Auf der Strecke zwischen Brie und St. Clément entgleitete gestern ein Schnellzug. Sieben Personen wurden verletzt, davon zwei lebensgefährlich.

Paris, 27. September. Der Verbrechen Paris-Brüssel entgleitete infolge des Bruches einer Eisenbahnschiene unter der Brücke St. Ange in der Nähe des Pariser Nordbahnhofes. Mehrere Reisende sind schwer verletzt worden.

Paris, 27. September. Der verantwortliche Direktor der „Pet. Republ.“ ist wegen Beleidigung der Behörden vor das Schwurgericht der Seine geladen worden.

Marseille, 27. September. Zwei Italiener, welche photographische Aufnahmen der Festungswerke machten, wurden hierbei abgefaßt und heute in Nizza verhaftet.

London, 27. September. Aus Shanghai wird gemeldet: Nach Aussage eingeborener Beamten hätten die Japaner bei Anchow und Yichow gleichzeitig die Chinesen angegriffen, seien aber, nachdem sie zweimal zurückgeworfen worden, vom Kampfe zurückgetreten.

London, 27. September. Nach einer „Times“-Meldung aus Shanghai soll der Kapitän Frong-Bizun wegen Freigabe vor dem Feinde hingerichtet worden sein. Der Kapitän hatte bei der letzten Seeschlacht die Flucht ergriffen, worauf die Japaner sein Schiff in die Luft sprangten.

London, 27. Sept. Einem in den Morgenblättern veröffentlichten Telegramme aus Shanghai zufolge beherrschen die Japaner die See völlig. Die unter chinesischer Flagge laufenden Schiffe befinden sich überall in Gefahr. Die Situation der Fremden auf den Inseln in der Nähe der Küste wird täglich kritischer. Die Stragen Pekings wimmeln von Soldaten aus dem Innern des Landes. Die Fremden werden auf jede Art insultirt. In Tientsin sind die Verhältnisse die gleichen; dort haben die Ausländer ein freiwilliges Korps gebildet, um für jede Eventualität gesichert zu sein.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings hartet noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig auf Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Bemerkungen der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu bitten. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmhauf des Proletariats scheiterte an eurem Solidaritätsgefühl. Nicht eine Weiche vermochte der Bierring in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfmüthig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt. Den zweiten Sturmhauf auf eure Phalanx mußten die dem Bierring Lebensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgefliegen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne abzuweichen zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersieht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisirung des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß nher werden, wenn wie bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt wird.

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pilsener, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Nathenower Exportbrauerei, Niederlage. Inh. Max Drenthardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schlößbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Piesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Phönix-Brauerei, C. Madon, Pichtersfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde. Niederlage, Edm. Reiter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Mag. Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Straußberg. Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermaunstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spieckermann, Weberstr. 66.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 27. Sept., Nachmittags 6 Uhr.

Zur Verhandlung stehen Berichte des Petitions-Ausschusses.

Die Petition von Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Berlins betr. die Einführung eines Ortsstatuts für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe war seiner Zeit vom Ausschuss nur des Uebergehens zur Tagesordnung für würdig erachtet worden. Im Plenum vom 7. Juni wurde jedoch von sozialdemokratischer Seite Berichterstattung verlangt, und so ging die Petition an den Ausschuss zurück. Letzterer hat sich zu einer Abweisung von der früheren Stellungnahme nicht veranlaßt gesehen, sondern beschränkt sich darauf, durch Stadiv. Scheidung Bericht erlassen zu lassen.

Bekanntlich hat der Ausschuss sich von der Erwägung lassen lassen, daß die Ordnung dieser Angelegenheit erst vor kurzem erfolgt sei und ein Anlaß zur Erwägung von Abänderungen zur Zeit noch nicht vorliege.

Stadiv. Brunz bittet den Ausschussantrag abzulehnen und die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Durch die Erhebungen von 1892 sei festgestellt worden, daß die Angehörigen im Handelsgewerbe einer Reihe von Schädigungen durch die bisherige Ordnung der Arbeitszeit unterliegen. Es sei ihnen natürlich unmöglich, bei einer täglichen Arbeitszeit von 14, 15 und 16 Stunden ihrem Körper die nötige Ruhe zu gönnen oder gar an ihre weitere Fortbildung zu denken. Ein Anlaß zum Einschreiten läge also für die Kommune gewiß vor. Auch habe ja der Minister selbst in seiner Erwiderung auf eine Resolution des deutschfreisinnigen Vereins der Handlungsgehilfen ausdrücklich auf die städtische Initiative auf dem Wege der ortstatutarischen Bestimmung hingewiesen und gemeint, die Kommune würde in diesem Sinne vorgehen. Weiter ist darauf hinzuweisen, daß in Frankfurt und selbst in Wesel Verkürzungen der fünfständigen Sonntagsarbeit durchgeführt sind, ohne daß irgend welche berechtigten Interessen dadurch geschädigt wären. Dagegen führt eine mir von befreundeter Seite zugegangene Liste eine große Anzahl auch sehr namhafter Geschäfte auf, welche sich an die geltenden Vorschriften nicht halten und strafällig geworden sind. Der Einwand kann also auch nicht erhoben werden, daß im Handelsgewerbe noch Verhältnisse vorhanden seien, die eine besondere Ausübung der Arbeitszeit nicht erkennen lassen. Das bestätigt auch eine Broschüre, deren Verfasser sich bitter darüber beklagt, daß heute die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge übermäßig ausgedehnt wird, daß ein großer Theil der Chefs nur auf billige Arbeitskräfte sieht, und dieser Verfasser ist kein sozialdemokratischer Heher, sondern eine freisinnige Autorität, Herr Goldschmidt. Demnach hat auch die Kommune Ursache, auf diesem Gebiete vorzugehen, das Recht hat sie dazu. Zeigen Sie durch Annahme meines Antrages, daß Sie mehr als nur platonische Liebe für die Handlungsgehilfen haben!

Stadiv. Meyer II: Die Frage der Sonntagsruhe für die Fabrikation und das gesammte Lohngewerbe ist erledigt und die geltenden Vorschriften erfreuen sich allgemeiner Zustimmung; mir sind Klagen darüber nicht zu Ohren gekommen. Dagegen hat die für das Handelsgewerbe erfolgte Ordnung in weiten Kreisen sehr große Aufregung hervorgerufen und man verlangt allgemein eine Revision. Vor derselben halte er es nicht für angezigt, auf

dieser Bahn weiter zu gehen. Der allzu langen Arbeitszeit in der Woche kann durch Ausdehnung der Sonntagsruhe nicht abgeholfen werden. Wenn man die Lehrlinge jetzt auf den Sonntag behufs der Fortbildung verweist, so haben doch die Sozialdemokraten im Reichstage sich an dem Feldzug gegen den Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen beteiligt. Zur Zeit würde das Eingehen auf das Petition nur neues Del in's Feuer gießen.

Stadiv. Singer: Daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in der Fabrikation und im Lohngewerbe befriedigend geregelt seien, wie Herr Meyer meint, kann ich nicht zugeben. Herr Meyer könnte wohl wissen, daß die Vorschriften über die Sonntagsruhe in der Industrie überhaupt noch nicht erlassen sind. Wenn ihm keine Klagen zu Ohren gekommen sind, so steht er vielleicht in dieser Beziehung einzig da. Gerade die Nothwendigkeit einer weit ausgedehnten Sonntagsruhe im Industrie- und Lohngewerbe hat zum Erlaß der Novelle zur Gewerbe-Ordnung geführt. Die Frage wird im Detail erst zur Erörterung kommen, wenn die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats endlich einmal erlassen sein werden. Wenn Herr Meyer annimmt, er würde unsere Unterstützung für die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts im Handelsgewerbe nicht finden, so verstehe ich diesen Schluß nicht. Wenn er meint, diesen Unterricht auf den Sonntag zu legen, so werden wir hier nein sagen, wie wir im Reichstage nein gesagt haben (aha!), um nicht dem Unternehmer die ungehörige Ausbeutung der Lehrlinge in den Wochenenden zu erleichtern. (Widerholte Unruhe). Es sollte doch selbst dieser Verammlung endlich auffallen, daß es immer wieder diejenigen, die von der Sache am meisten verstehen, nämlich die direkt Betroffenen sind, die eine Verbesserung der bestehenden Zustände fordern. In Hamburg hat der große Verein von 50 000 Mitgliedern, worunter zur Hälfte Arbeitgeber, erst vor kurzem ganz im Sinne des Petitions beschloffen. Die Berechtigung der Kommunen, die Arbeitszeit von 5 Stunden für die Angestellten zu verkürzen, ist seinerzeit von der Gesetzgebung nur ertheilt worden im Vertrauen darauf, daß die Kommunen anständig genug sein würden, auf diesem Wege voranzugehen.

Stadiv. Sach II protestirt gegen diese letztere Aeußerung, besonders mit Rücksicht auf die von derselben nach außen hin zu erwartenden Wirkungen. Niemand im Saale möchtna den Handlungsgehilfen eine möglichst ausgedehnte Sonntagsruhe. Herr Singer aber vertritt ganz einseitig die Interessen der Handlungsgehilfen, während wir die Interessen aller Klassen vertreten haben. Was nützt die erweiterte Arbeitsruhe, wenn die Arbeits- und Erwerbsgelegenheit fehlt? Wenn wir auch im Prinzip dafür sind, dem Unselbständigen, dem Handlungsgehilfen die Sonntagsarbeit möglichst zu verkürzen (Heiterkeit), dann müssen wir, namentlich in der heutigen traurigen Zeit, Anstand nehmen, die selbständigen Gewerbetreibenden, die sich kümmerlich durchschlagen, noch weiter um die Möglichkeit zu bringen, am Sonntag ihr Geschäft zu betreiben. Herr Singer stellt sich stets als den Erbpächter der ersten wirtschaftlichen Wissenschaft hin, ich muß auch dagegen protest erheben.

Der Antrag Brunz wird verworfen, der Ausschussantrag angenommen.

Auch über die Petition des Tapeziers Franzke, Budowerstraße 13, wegen Einführung gleichartiger Unterrichtsbücher in den Gemeindeschulen Berlins ist der Ausschuss zur Tagesordnung übergegangen. Das gleiche Schicksal hat der Antrag des Berliner Arbeitervereins auf Uebernahme der königlichen Leihämter in die städtische Verwaltung gehabt. In der Ausschussberatung hat man die lange Geschichte dieser Frage — 1874 trug sich die Verhandlung mit dem Gedanken der Aufhebung der drei Leihämter, der Magistrat lehnte aber beharrlich die ihm angetragene Uebernahme derselben auf die Stadt ab — rekapitulirt und sich damals wie jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß Gemeindeschulen für Berlin kein Bedürfnis seien, vielmehr die königlichen Anstalten dem Bedürfnis genügen. Das Bedürfnis an sich sei übrigens nicht mehr so groß wie früher, da die soziale Befehligung den Nothstand der ärmeren Bevölkerung doch wesentlich gemildert habe (?). Auch den Antrag auf Anstellung von Erhebungen über den finanziellen Effekt der Errichtung von etwa 6—8 städtischen Leihämtern lehnte der Ausschuss ab.

Dierzu läßt ein Antrag Mentel ein, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die königlichen Leihämter Abends bis 7 Uhr geöffnet bleiben und auch Sonntags von 8—10 Uhr zugänglich sind.

Außerdem auf Antrag Singer soll in gemischter Deputation über die Uebernahme der Leihämter in die städtische Verwaltung eventuell über die Errichtung städtischer Leihämter beraten werden.

Stadiv. Mentel bezeichnet es als einen Uebelstand, daß die königlichen Leihämter stets schon um 3 Uhr geschlossen werden, und verlangt im Interesse der Arbeiterbevölkerung Offenhaltung bis 7 Uhr und Eröffnung am Sonntag von 8—10 Uhr. Auch dem kleinen Handwerker werde eine solche Aenderung sehr zu gute kommen.

Stadiv. Singer: Der Antrag des Ausschusses scheint mir der Wichtigkeit der Sache nicht angemessen. Nichts haben sich in bezug auf das Leihwesen thatsächlich herausgebildet; es ist an der Zeit, sie zu belämpfen. Um so weniger sollte man hier zur Tagesordnung übergehen, als die Gründe des Aus-

schusses nicht weniger als ausreichend sind. Statt mit der Geschichte der Frage, hätte der Ausschuss sich mehr mit den augenblicklichen thatsächlichen Verhältnissen beschäftigt. Wenn der Berliner Arbeiterverein sich darüber beschwert, daß er vom Magistrat so kurzweg abgewiesen ist, so ist er im Recht; denn der Magistrat scheint Gründe für seine ablehnende Entscheidung nicht angeführt zu haben, außer der Bemerkung, daß die bestehenden Einrichtungen genügen. Er hat dabei nur die königlichen, nicht aber die Ummasse der privaten Leihanstalten im Auge. Von beiden müssen wir den Umfang des Geschäftsbetriebes kennen lernen, dann erst werden wir in der Lage sein, zu entscheiden, ob eine Aenderung nothwendig ist. Genügt es denn allen billigen Anforderungen, wenn die Privat-Leihanstalten 24 pSt. Zinsen nehmen, aber auch der Staat 12 pSt. nimmt. Es kann doch davon gar keine Rede sein, daß solche Institute Uebelstände machen. Sollte nicht einmal ein findiger Staatsanwalt diese Sätze nach dem neuen Gesetz über den Sachwucher unter die Lupe nehmen können? Die Erwägungen, die hier nötig sind, können zweckmäßig nur in einer gemischten Deputation angefaßt werden. Kommt die Stadt zu dem Ausschusse, eigene Anstalten einzurichten, so ist es doch garnicht unmöglich, daß die Stadt dem Fiskus seine Grundstücke zu theuren Preisen abnimmt. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen. Es möchte doch kaum von Bedeutung sein, ob die Leihämter am Sonnabend Nachmittag statt bis 3 Uhr, bis 5 oder 7 Uhr offen sind; das Bessere ist, wenn die Stadt selbständig diejenigen prophylaktischen Anstalten errichtet, die sich als nothwendig erweisen. Nehmen wir den Ausschussantrag an, so sehen wir uns leichtsin dem Vorwurf aus, eine so wichtige Sache recht leicht genommen zu haben.

Stadiv. Ramslau bemerkt, daß zu einer Stellungnahme des Magistrats insofern keine Veranlassung vorlag, als diesmal von einer Uebnahme des Fiskus, die Leihämter aufzuheben, nichts bekannt ist. Aus der Noth der Armen werde keineswegs ein Gewinn bei der Verwaltung der Leihämter gezogen, denn der Geschäftsgewinn derselben sei eigentlich ein imaginärer. Im Uebrigen sucht der Magistratsvertreter die Ausführungen der Petition des Arbeitervereins noch im Einzelnen zu entkräften. Von der Einsetzung einer gemischten Deputation verspricht er sich persönlich keinen Erfolg.

Stadiv. Meyer II: Das Pfandleihgewerbe zu ordnen ist in erster Linie nicht Aufgabe der Kommune, sondern des Staats, und der Staat hat seiner Pflicht auf diesem Gebiete genügt. Das Gesetz von 1890 über das Pfandleihgewerbe ist f. Z. von allen Parteien aufgegeben worden und das Bedürfnis ist damit gedeckt. Wohlfeiler als die Privat-Pfandleihämter können die Kommunen auch nicht verfahren, wenn sie nicht zuschreiben sollen, und das wollen wir doch vermeiden. Gefahrlos ist die Sache auch nicht, eine städtische Leihanstalt ist in große Verluste gerathen, weil sie eine Menge Diamanten beliehen hatte. Dieses Gewerbe sollte dem Privatbetriebe überlassen bleiben.

Unter Ablehnung der Anträge Mentel und Singer wird über die Petition zur Tagesordnung übergegangen.

In gemeinschaftlicher Sitzung der beiden städtischen Körperschaften findet die Auslosung von 19 Mitgliedern und 7 Stellvertretern der Einkommensteuer-Berufungskommission statt. Für die Neuwahl wird die Einsetzung einer gemischten Deputation beschlossen.

Ueber die Petition des Bureaudieners August Schidyl, Dorotheenstr. 61, wegen Befreiung seines Sohnes vom konfessionellen Religionsunterricht in der Gemeindeschule erstattet Stadiv. Grenzel Bericht. Der Petent ersucht die Versammlung, dahin zu wirken, daß der Gewissenszwang, der ihm und seiner Familie durch das Verhalten der städtischen Schuldeputation auferlegt worden sei, beseitigt werde. Die Eltern des Kindes seien Dissidenten, konnten aber die Befreiung desselben vom konfessionellen Religionsunterricht nicht erlangen, da die Deputation den Nachweis eines genügenden Ersatzes für diesen Unterricht nicht als erbracht ansehe. Der Ausschuss hat das Petition für wohl begründet erachtet, aber doch den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen, weil die Deputation an den bekannten Erlass des Ministers Grafen Zedlitz vom 16. Januar 1892 in Sachen des Religionsunterrichts der Dissidenten (beiläufig die einzige „That“ des schon 2 Monate nach diesem Erlass verstorbenen Vaters des Petenten) gebunden sei und dem Petenten überlassen werden müsse, bei den staatlichen Schulaufsichtsbehörden die Aufhebung der ihn betreffenden Verfügung der Deputation zu beantragen.

Von verschiedenen Seiten wird beantragt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Referent bemerkt u. a., daß die Petition so geschickt und unter Heranziehung so zahlreicher Argumente ausgearbeitet ist, daß sie wohl kaum aus der Feder des Petenten selbst geflossen sein könne. Diese Bemerkung ruft auf den hinteren Bänken des Saales lebhafteste Entgegnungen hervor. — Material sei allerdings dem Petenten Unrecht geschieden, das sei die einstimmige Meinung aller Redner im Ausschusse gewesen.

Stadiv. Mattern: Der bestehende Uebelstand zwingt den Vater, gegen seinen Willen den Sohn den konfessionellen Religionsunterricht mitnehmen zu lassen. Daß auf solche Weise statt eines guten Christen höchstens ein Lügner und Deuchler erzogen wird, führt der Redner in drastischer Weise näher aus. In Halle hat sich derselbe Fall abgespielt, aber durch

die Gerichte hat sich der Vater schließlich sein Recht verschafft. (Zwischenruf: Ja, Halle!) Was in Halle möglich ist, sollte doch auch in Berlin möglich sein. (Stadtv. Singer: Wir sind hier dem Hofe näher!) Wir sind dem Manne schuldig, ihm zu sagen, wir stehen auf seinem Standpunkte! (Zustimmung.) Geben wir die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung!

Stadtv. Hütt ist der Meinung, daß der konfessionelle Religionsunterricht überhaupt aus der Volksschule wegzubringen ist. Da die Petition vom Ausschuss selbst als wohlbedeutend anerkannt sei, könne man sie doch nicht in den Papierkorb werfen.

Stadtv. Dr. Neumann findet es auffällig, daß die Schuldeputation, wenn sie auch nicht von der Versammlung resorbiert, sich hier nicht äußere. Man sei doch berechtigt, über den Geist, in dem unsere Schulen geleitet werden, etwas zu hören; wenigstens müßte erklärt werden, warum der anderweitige Religionsunterricht nicht genügt. Es scheint dort der aller schlimmste bürokratische Standpunkt eingenommen worden zu sein.

Stadtschulrath Vertram: Die Schuldeputation ist in diesem Falle lediglich Organ der Behörden und muß ausführlich, was ihr von dieser Seite zugefertigt wird. Sie hat früher nach dem Restrikt Fall verfahren, und muß jetzt nach dem Restrikt Graf Jedlich verfahren. Die Schule ist nicht veranlaßt, den Schüler durch äußere Mittel zum Glauben zu zwingen; einen solchen Fall wird der Stadtv. Mutterne nicht anzuführen vermögen. Ebenso würde eine Familie, die den Glauben durch drakonische Mittel erzwingen will, zu den ungeeignetsten Erziehern im Glauben gehören. Ob der anderweitige Unterricht genügt, hat das Provinzial-Schulkollegium zu entscheiden. Der Bittsteller hätte sich an dieses wenden sollen. Der Erfolg wird übrigens auch durch ein Kammergerichts-Urteil sanktioniert.

Stadtv. Vogtherr: Es ist wohl eine neue Erscheinung, daß seitens des Reichstages Charakter und Wert einer Petition von vornherein gekennzeichnet wird, durch die Schilderung ihrer Form, ihres Stils u. s. w. Ich hoffe, die Versammlung wird sich dadurch nicht in der Beurteilung der Petition beeinflussen lassen. Gegenüber der Jedlich'schen Verfügung ist ein Kammergerichts-Urteil angeführt worden, welches den Inhalt der Verfügung sanktionieren soll. Das gerade Gegenteil trifft aber zu, denn das Erkenntnis vom 17. April 1893 lehnt ausdrücklich ab, die Rechtsbeständigkeit der Ministerialverordnung einer Prüfung zu unterwerfen. Der Form nach will das Gericht mit der Verordnung also nichts zu thun haben. Das Kammergerichts-Urteil in derartigen Fragen nicht als höchste Instanz angesehen zu werden brauchen, beweist ja der Umstand, daß in der Zeit vor dem verbliebenen Grafen Jedlich zwei ganz entgegengesetzte Erkenntnisse ergangen sind. Beide sprechen mit aller Deutlichkeit aus, daß Kinder von Dissidenten wider Willen der Eltern zur Teilnahme an dem Religionsunterricht einer anderen Konfession nicht angehalten werden dürfen, auf Antrag der Eltern hat ohne weiteres die Entbindung von dem konfessionellen Unterrichte zu erfolgen. Das Erkenntnis von 1893 verstößt sich dagegen zu dem horriblen Satz: Bei schulpflichtigen Kindern kann man von Willensfreiheit nicht sprechen, der Vater werde aber durch den Unterricht in seiner Gewissensfreiheit nicht beeinträchtigt. Das Erkenntnis des Landgerichts Halle vom 2. Dezember 1893 spricht wiederum dem Betreffenden das Recht zu, welches hier in Anspruch genommen wird, und erkennt ausdrücklich einen Gewissenszwang als vorhanden an. Es sanktioniert ausdrücklich die Hall'schen Erlasse als Ausführungen des Allgemeinen Landrechts; diese Erlasse seien unbedenklich, der Jedlich'sche führe eine unzulässige Beschränkung der Glaubensfreiheit herbei. Der Wandel in den Erkenntnissen hat unzweifelhaft Schritt gehalten mit den Wandlungen im Kultusministerium. Der Ausweg, den Petenten auf das Provinzial-Schulkollegium zu verweisen, hat keine Aussicht. Nach meiner Meinung hat Niemand den Dissidenten danach zu fragen, was er an die Stelle der konfessionellen Unterweisung setzen will, so gut wie der Dissident keinen konfessionellen nach dem Werte oder Unwerte der Konfession fragt. Von diesem Standpunkte halte ich den Nachweis des genügenden Ersatzes für nicht nötig und nicht wünschenswert. Noch im Jahr 1891 sprach auch Stadtschulrath Vertram aus, daß er diesen Nachweis für nicht notwendig, ja nicht einmal für wünschenswert halte; und ich muß das Opfer an Ueberzeugungstreue, welches er jetzt seiner vorgesetzten Behörde bringt, außerordentlich hoch anschlagen. (Erhebt sich.) Der Gewissenszwang wird zwar nicht von dem Kinde, aber von den Eltern schwer empfunden. Wir haben das Recht und die Pflicht, der Schuldeputation anheim zu geben, bestimmte Stellung zu nehmen. Ich habe von den Aufgaben der Schuldeputation eine höhere Auffassung als der Schulrath; sie ist nicht bloß dazu da, mechanisch die Befehle der sogenannten oberen Behörde zur Ausführung zu bringen, sondern sie soll das Recht energischer Initiative und der Wahrung der Volkrechte gegenüber den reaktionären Bestrebungen haben. Recht und Gesetz stehen hier nicht auf Seiten des vergangenen Ministers, sondern auf der Seite des Petenten, der Erlasse des Ministers Fall und des allerdings so oft reaktionär ausgehenden Allgemeinen Landrechts.

Stadtv. Meyer II: Der Petent hat materiell gewiß Recht; aber er hat sich an eine falsche Adresse gewendet; er kann auf dem betretenen Wege sein Anliegen nicht fördern. Herr Vogtherr verlangt von der Schuldeputation einen freien Raden; sie soll dem Minister Widerstand leisten, weil sie den Boden des Rechts unter den Füßen habe; dem Minister steht aber ein Kammergerichts-Urteil zur Seite, und es wird sich keine Behörde finden, welche der vorgesetzten Behörde auf diese Weise Widerstand leistet. Gefordert kann die Sache werden dadurch, daß man den Gerichten wieder Gelegenheit giebt, sich mit der Sache zu befassen oder durch eine Eingabe an den Minister oder durch eine Petition an das Abgeordnetenhause.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Ueberweisung der Petition an den Magistrat zur Berücksichtigung mit 81 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen stimmt nur ein Theil der Keller-Fraktion.

Der Magistratsantrag auf Aufhebung der Normal-Statistik-Deputation wird angenommen, ein Antrag Spinola auf Einsetzung eines ständigen Staatsausschusses abgelehnt.

Die Vorlagen, betreffend die Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen und betreffend die auf Verlangen des Kultusministers beantragte Ergänzung der Grundzüge für die Regelung der Dienstalters-Zulagen, gehen an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure, die am Sonnabend wieder insgesammt veröffentlicht werden, müssen bis spätestens heute Mittag 1 1/2 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Spätere Zustellungen können für die Sonnabend-Nummer auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ und das Koalitionsrecht. Auf unsere Aufforderung, auch nur einen Fall zu nennen, wo es, wenn Arbeiter vom Koalitionsrecht Gebrauch machten, das heißt freisten, für die Arbeiter und ihr Recht eingetreten sei, bleibt das Organ des Herrn Eugen Richter die Antwort schuldig. Dagegen schreibt das freisinnige Blatt: Wir vertreten das Koalitionsrecht, aber das ist keineswegs gleichbedeutend damit

jede Koalition und jeden Streik für gerechtfertigt zu erklären. Die meisten ungerechtfertigten Streiks und Koalitionen sind auf widersinnige Auffassungen des Wirtschaftslebens zurückzuführen, zu denen die Arbeiter durch die Sozialdemokratie verleitet worden sind.“

Zu diesem Wortgeflüster haben wir nur zu bemerken: niemand hat von der „Freis. Ztg.“ verlangt, daß sie jeden Streik für gerechtfertigt erklären soll. Wir behaupten nur, daß das genannte Blatt in jedem Falle, wo es sich um einen Kampf zwischen Arbeit und Kapital handelt, Partei für das Letztere und gegen die Arbeiter nehme. Aus dieser notorischen Stellung des freisinnigen Blattes ziehen wir weiter den Schluss: entweder sind nach der Ansicht des Leiters dieses Blattes, alle auf Grund des Koalitionsrechtes geführten Kämpfe der Arbeiter ungerechtfertigt und einer widersinnigen Auffassung des Wirtschaftslebens entsprungen, oder die theoretische Anerkennung des Koalitionsrechtes seitens der „Freis. Ztg.“ und ihres Leiters ist nichts weiter als politische Heuchelei, herabgestuft, um das freisinnige Forum zu wahren und, soweit es noch angeht, damit Arbeiterjag zu treiben. Wir sind nun allerdings der Meinung, daß von dieser Alternative der letztere Fall zutrifft.

Wie der Boykott bei Schultheiß wirkt. Als der berechnende Herr Nötsche nach jahrelangen Vorbereitungen die Schultheiß-Brauerei endlich für gerüstet und stark genug hielt, um sich mit der Arbeiterpartei direkt auseinander zu setzen, hat er als vorzüglicher Mann sicherlich wohl erwogen, welche vorübergehende Schäden im schlimmsten Falle aus einer Boykott-Verhängung ihm erwachsen, und welche bleibende Vortheile ihm noch der Beendigung durch Aufsaugung der am Boykott verblutenden Kleinbrauereien und deren Kundschaft erblühen werde. In der Seele dieses kapitalträchtigen Bierkönigs stand von vornherein das Eine fest, daß er sich je nach der kleineren oder größeren Niederlage seiner kurzschichtigen, auf den Leim gelodeten Ringbrüderchen entweder ins Häuschen lachen oder lachen werde. — Schon während des Boykotts hat er seine, für die oberen Beihäufungen bestimmten großen Berliner Ausschanklokale bis zu 12 vermehrt und außerdem bekanntlich zu seinen 3 älteren Brauereien (Schultheiß, Zinoli, Dessau) und den 2 Mälzereien (Pankow, Fährtenwalde) noch 2 Potsdamer Brauereien hinzugekauft, und nur ein schämig errotthendes Partgefühl für seine Brüder im Ring hält ihn augenblicklich noch ab von einer weiteren Machtentfaltung seines Bierkönigtums von Gambinus Gnaden. Gleich manchem seiner weltlichen Kollegen von Gottes Gnaden theilt auch Herr Nötsche „sein“ Volk, d. h. seine beerinkenden Unterthanen, in vier Stände ein und paßt seine wandlungsfähige Person stets sehr geschickt den verschiedenen Ständen an, für deren jeden er auch ein „standesgemäßes“ Bier braut.

Das polsterfeste Bier erster Klasse, das durch Erziehung auf 60 Grad Celsius durch Löthung der Valerien u. halbar gemacht wird, läßt er als wild-liberaler Volkvertreter für die wilden Völker in Afrika über Wasser gehen und nennt es — weil nicht darüber geht — Non plus ultra. — Das Bier für den zweiten Stand, das „Schultheiß-Verband“, schickt er als Bierkönig in seine Berliner Paläste und großen Gärten für das „edle und beste“ Publikum, das ein Faible für die Blücherei königlicher Militärkapellen besitzt. — An das mittlere Bier für den dritten Stand, das „Schultheiß-Märzen“ des anhaltinischen Kommerzienraths halten sich meist die antimilitarischen Enkelkinder und der „solide“, d. h. noch nicht ganz proletarisirte Mittel- und kleine Beamtenstand. — Das Bier letzter Güte endlich für den vierten Stand, das „Schultheiß-Bräu“ hat Herr Nötsche in seiner Eigenschaft als „Arbeiterfreund“ und „freiwilliger Wohlthäter“ für die Arbeitererschaft bestimmt.

Wenn man sich nun von der Wirkung des Boykotts auf die Schultheiß-Brauerei einigermaßen ein Bild machen will, so kann dies in erster Linie mit Bezug auf den Ausschank des vor dem Boykott vorwiegend von der Arbeitererschaft getrunkenen minderwertigen „Schultheiß-Bräus“ der Fall sein. Ein glücklicher Zufall führte kürzlich mehrere „artige Kinder“ von Nötsche in einen Restaurant in der Nähe von Schultheiß I an den Tisch unseres Gewährsmannes, der infolge der ziemlich laut und lebhaft geführten Unterhaltung über den schlechten Geschäftsgang in der Lage war, sich an den Wand seiner Zeitung einige Bleistiftnotizen zu machen, denen wir diesen Artikel verdanken.

Das von Herrn Nötsche für die Arbeitererschaft bestimmte „Schultheiß-Bräu“ wird an Güte besonders dadurch beeinträchtigt, daß alles von der Kundschaft zurückkommende Bier, das sogen. „Metour-Bier“, sowie sämmtliches „Metour-Bier“, d. h. alle Reste aus den Lagerfässern, dem „Schultheiß-Bräu“ zugeheilt wurden. Von diesem Bier, dessen Absatz bis fast auf ein Drittel herunter gesunken und sonst in knapp 8 Wochen fast immer beendet war, reicht der seit Mai bestehende Vorrath noch für ungefähr 14 Tage. In der ganzen Zeit seit Verhängung des Boykotts ist überhaupt kein „Schultheiß-Bräu“ mehr gebraut worden und soll auch fernerhin — das konstatieren wir mit aufrichtiger Ernüchterung! — nicht mehr gebraut werden. —

In Wälde können die Arbeiter, selbst wenn sie es wollten, kein „Schultheiß-Bräu“ trinken. — Das ist Nötsche's Noth! Nun, wir sind damit zufrieden.

Ueber den durchschnittlichen Ausschank des „Schultheiß-Bräus“ konnte sich unser Gewährsmann während der Diskussion der „artigen Kinder“ folgende Zahlen notiren, bei deren Vergleich wir noch zu berücksichtigen bitten, daß in den Sommermonaten stets mehr Bier getrunken wird, als im Winter.

Durchschnittlicher Ausschank des „Schultheiß-Bräus“ auf Schultheiß I:

Wochentags (außer Sonnabends)	Wochentags (außer Sonnabends)
18 ganze Tonnen	6 ganze Tonnen
125 halbe	35 halbe
190 viertel	60 viertel
70 achsel	30 achsel
Sonnabends vor dem Boykott u.:	Sonnabends nach dem Boykott u.:
26 ganze Tonnen	13 ganze Tonnen
180 halbe	72 halbe
260 viertel	105 viertel
100 achsel	37 achsel

Aber trotz alledem und alledem — das Ceterum censeo der bürgerlichen Presse, insbesondere des Nötsche'schen Leibsofaden Eugen Richter, wird sein und bleiben: Der Boykott wirkt nicht!

Biermogelegen einzelner Wirthe aufzudecken ist oftmals nicht leicht, denn die Herren verstehen es in der raffiniertesten Weise ihre Kundschaft zu hintergehen. Der Gastwirth Malinowski, Gr. Frankfurterstr. 16, hand schon seit langem im Verdacht, boykottirtes Bier zu beziehen und dasselbe unter dem Namen Dortmund Unionbier an seine Kunden zu verabsorgen. Durch fortgesetzte Kontrolle gelang es festzustellen, daß Malinowski sein Bier aus der Königsstadt-Brauerei durch Vermittlung eines Spediteurs bezog, auf dessen Boden das Bier abgeladen und später zu M. geschafft wurde. Zum Zwecke der besseren Täuschung benutzte der Wirthe Häcker aus der Dortmund Unionbiererei. So wurden am Montag, den 24. 1/2, Hektoliter, D. U. 2395 gezeichnet, von dem Wagen 2 der Königsstadt-Brauerei abgeladen und zu M. geschafft, zwei weitere 1/2 Hektoliter-Häcker, gezeichnet D. U. 24 805 und 20 062, von M. nach dem Speditorsboden gebracht und von dort durch denselben Wagen zum Neufüllen abgeholt. Eine Anfrage in der Niederlage der Dortmund Unionbiererei ergab, daß M. nur alle 14 Tage 1/2 Hektoliter und seit dem 12. d. M. überhaupt kein Bier von dort erhalten habe.

Trotzdem verkaufte M. nach wie vor das eingeschmuggelte Bier als „echtes“ an die auf dem Grundstück beschäftigten Arbeiter und ließ es sich auch dementsprechend bezahlen. Hoffentlich ist nun dem Herrn das Handwerk gelegt. Sache der in der Gegend Arbeitenden ist es, die Handlungsweise dieses Herrn in der gebührenden Weise zu würdigen.

Ein Unikum in seiner Art ist der Gastwirth Wollschach, Blauenfelderstr. 8, Marthusiusstraße-Ecke und Schillingstraße 24. Er versteht es trefflich die Gegenläufe zu vereinen, denn während er in dem einen Lokal ringirtes Bier führt, schänkt er in dem anderen Lokal boykottirtes Bier. Das erstere ist wohl nur deshalb der Fall, weil er meint, dadurch das etwas flau gehende Geschäft in Flor bringen zu können. Das dürfte ihm aber, angesichts der in Betracht kommenden Umstände schwerlich gelingen.

Das mächtige Aufwachen der sozialdemokratischen Partei einerseits, sowie die notwendige Agitation unter der Landbevölkerung andererseits, lassen heute selbst in unserer Partei einen Mangel an genügend vorgebildeten Agitatoren erkennen. Bei dem bevorstehenden Beginn des Winterfestes der Arbeiterbildungsschule weisen wir deswegen auf den in der heutigen Nummer veröffentlichten Lehrplan der Schule hin. Seit der Reorganisation im April d. J. wird von tüchtigen geschulten Genossen nur noch in denjenigen Fächern unterrichtet, welche der Arbeiterbewegung zu Gute kommen. Unter diesen verweisen wir ganz besonders auf die Vorlesungen der Lehrer Pfund in der Nordschule und Dr. Luz in der Südostschule über Nationalökonomie; ferner der Lehrer Witz in der Nord- und Dr. Pinn in der Südostschule über Geschichte auf Grund der materialistischen Auffassung. Die Nordschule beginnt ihren neuen Kursus mit der Geschichte des Sozialismus zunächst an der Hand des soeben erschienenen Werkes von Kautsky, Bernstein und Mehring. Die Vorlesungen in Deutsch behandeln neben Artikeln aus der „Neuen Zeit“ die Hauptwerke derjenigen Dichter, welche in revolutionärem Geiste die herrschenden Klassen bekämpften. Außerdem finden regelmäßige Versammlungen in der Schule, sowie Vorträge in öffentlichen Versammlungen statt über: Gesellschaftslehre und Naturwissenschaften. — Bei der jetzt wieder hervortretenden reaktionären Strömung, ist eine gebiegene Kenntnis der in Geltung stehenden Gesetze unbedingt notwendig. Es ist ferner erforderlich, daß besonders befähigten Genossen Gelegenheit geboten wird, ihre Kenntnisse auf allen denjenigen Gebieten zu erweitern, welche der Arbeiterbewegung im Kampfe gegen die herrschenden Klassen zu Gute kommen. Diese Gelegenheit bietet die Arbeiterbildungsschule in ihrer jetzigen Gestalt. Mögen recht viele Genossen davon Gebrauch machen.

Die Untersuchung in der Wucher-Affäre hat sich bis jetzt, nachdem am Montag noch ein in der Blücherstraße wohnender Hypothekemakler Greß verhaftet worden ist, auf vierzehn Personen ausgedehnt, die wegen Wuchers resp. Beihilfe zu demselben unter Anklage gestellt werden. Die täglich stattfindenden Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium resp. vor dem Untersuchungsrichter ergeben ständig so viel neues Material über die Praxis der Wucherer Berlins, daß ein Abschluß der gerichtlichen Untersuchung noch garnicht abzusehen ist und vor Mitte nächsten Jahres der Massenprozeß nicht stattfinden dürfte. Bezüglich des vielgenannten Wucherers Laboschin ist noch zu erwähnen, daß derselbe nicht nur Samwucher getrieben, sondern auch baare Darlehen gegeben hat, welche — so wird behauptet — durch Schiedungen bis zu fünfhundert Prozent von den Opfern verzinst werden mußten. Um sich vor Bestrafung zu sichern, hat L. fast niemals das Geschäft selbst gemacht, sondern er schob einen seiner Agenten vor, der dann als Kapitalist fungierte und gegebenen Falles erbarmungslos gegen die Schuldner vorgehen hatte.

Unter der göttlichen Vorsehung. Im Anschluß an das Seeger'sche Familiendrama aus der Großen Hamburgerstraße 7 berichtet eine Volkskorrespondenz: Die Zurücklicht des Seeger'schen Nachlasses hat ein viel krasserer Bild der Ausbeutung entrollt, als Anfangs angenommen werden konnte. Um ein der hauptsächlichsten Beispiele herauszugreifen, sei hervorgehoben, daß eine hiesige große Kommanditgesellschaft von Seeger Arbeiten ausführen ließ, die vorher laut Anschlag auf 1700 Mark vereinbart worden waren. Nach Fertigstellung trat die Gesellschaft mit dem Einwand hervor, daß die Ausführung dem Anschlag nicht entspreche und fand auch zwei Sachverständige, die sich für einen Abstrich von der ausbeutenden Summe aussprachen. Seeger mußte sich damit wohl oder übel einverstanden erklären. Auf wie hoch sich der Abstrich beläuft, ist noch nicht bekannt. Nachzuweisen ist aber, daß Seeger bei Einziehung dieser verminderten Forderung von einem Angestellten der Gesellschaft noch weiter gedrückt wurde und sich schließlich mit 10000 Mark für die 17000 Mark begnügen mußte, um dringende Gläubiger mundtot machen zu können. Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen geht weiter hervor, daß der Familienmord, der in der Nacht zum 2. Juni d. J. zur Ausführung kam, schon für den 22. März geplant war. In diesem Tage nahte dem unglücklichen Handwerker unerwartete Hilfe, so daß er die bereits fertigen Abschiedsbriefe durchstrich und den Kampf um das Dasein wieder aufnahm. Am 25. Mai war wiederum nach den vorgefundenen Papieren eine Familienkatastrophe unmittelbar bevorstehend; aber auch diesmal fand sich ein Ausweg. Wenn man bedenkt, daß die unglücklichen Eltern sich etwa 10 Wochen lang mit der Ausführung der grausigen That umhergetragen haben, so kann man ermessen, welchen Seelenkampf sie durchgemacht haben müssen.

Das ist das Geschick des modernen Handwerksmeisters, der von dem Großkapitalisten abhängig ist und als Spielball in ihren Händen dient. Immerhin hat der unglückliche Seeger, dessen pekuniäre Sorgen wir zu allererst gering einschätzen, ein Geschäft gehabt, in dem mit Tausenden gerechnet wurde; er hat, so hart sein Brot gewesen sein mag, wenigstens, wie man sagt, den Hals offenhalten können und ist doch ein Opfer seiner Verzweiflung geworden.

Bei dem mehr oder minder erheblichen Mitleid, das bürgerliche Blätter im Fall Seeger an den Tag gelegt haben, ist natürlich keinem dieser Organe der Gedanke gekommen an das unglücklich grauenhafte Elend, das der Arbeiter in ungezählten Fällen zu erdulden hat. Der Arbeitslose, der das letzte schäbige Werthstück hat ins Leihhaus tragen müssen, der am Abend vor der Ermiffion von dem hohlwangigen Weib und den abgebrachten Kindern mit fragenden, vorwurfsvollen Blicken empfangen wird, wenn er mißwuthig von der vergeblichen Arbeitssuche heimkehrt; wie unendlich viel mehr Jammer ist in seinem Geschick dröcker, als in dem des Handwerkers! Gefühllos geht aber das Bürgerthum an diesem Jammer vorüber; es ist ja so tausendfältig vorhanden, daß es gar nicht mehr auffällt.

Von tragischen Umständen begleitet ist der Selbstmord eines Lehrers, der am 24. d. Mtz., Abends 7 Uhr, vom Tempelhofer-Ufer aus in die Spree sprang, trotz der sofort unternommenen Rettungsversuche aber nur als Leiche gelandet werden konnte. Vorhandene Papiere ließen darauf schließen, daß es sich um den 32 Jahre alten Lehrer an einer Schule zu Groß-Lichterfelde, Namens Scherer handelte. Eine Anfrage des Polizeipräsidiums bei der dortigen Ortsbehörde bestätigte die Vermuthung. Scherer wurde vom Geleit-Nemmatismus schwer heimgesucht und hatte von einer Wadelur, zu der er nach Ablauf der Sommerferien noch einen 14 tägigen Nachurlaub erhalten hatte, vergebens Besserung erwartet. Die Krankheit drückte ihn umso mehr nieder, als er mit einer Jugendgespielin aus Treuenbriegen verlobt war, kait der erkrankten Peirath aber die Verlobung in den Ruhestand vor Augen sah. Unter dem Druck dieser Verhältnisse war er in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, kurz vor Ausführung der That nach Berlin gefahren.

Bekannt, die um das Vorhaben nicht wußten, hatten ihn unter Hinweis auf den Krankheitszustand vergebens von der Fahrt zurückzuhalten versucht. Die Braut ist durch die Nachricht von dem traurigen Ende ihres Verlobten auf das Krankenlager geworfen worden.

Ein aufscheinend gewerbmäßiger Schwindler ist in dem 24jährigen Kaufmann Paul Habelmann verhaftet worden. Er hatte sich hauptsächlich Zigarettenfabrikanten und Möbelhändler zu Opfern auszuwählen, bei denen er größere Einkäufe machte und betonte, daß er nur gegen Baar kaufen werde, obgleich er gänzlich mittellos ist. In einem Falle gab er sich als Postkassierer aus. Die erbeuteten Zigaretten verkaufte er zum Theil unter dem Werth, von dem Erlös der Betrügereien lebte er; seine Wohnung war unter falschem Namen gemiethet worden. Wurde er von den Gläubigern entdeckt, verbot er den Eintritt und drohte sogar mit Schlägen. Unbekannten Personen gegenüber nannte er sich „Weise“. In seinem Besitz befanden sich 68 Kisten Zigaretten, deren Eigentümer bis auf 17 ermittelt sind. Habelmann will die Zigaretten auf Auktionen in der Hügowstraße gekauft haben, findet aber damit keinen Glauben.

Ein Bahnarbeiter B. war hinter den Köllnischen Wiesen in Nixdorf beim Felddiebstahl erwischt worden. Er sprang in dem Moment, unerkannt zu entkommen, blindlings in einen Graben. Dabei stürzte er und fiel so unglücklich mit dem Kopf gegen einen scharfkantigen Stein, daß er beunruhigend liegen blieb. So fand ihn ein nachsehender Bahnarbeiter und schaffte den Verunglückten nach seiner Wohnung; ein hinzugerufener Arzt konstatierte Gehirnerschütterung und am gestrigen Morgen starb der Verunglückte in einem hiesigen Krankenhaus, wohin er gebracht worden war.

Die Leiche eines zwölfjährigen Knaben wurde Mittwoch Nachmittag in der Nähe der Verbindungsbahn bei Treptow aus der Oberflur gezogen. In einer Tasche des Knaben wurde ein Zettel gefunden, auf welchem der kleine Selbstmörder die Worte geschrieben hatte: „Papa will sich wieder verheirathen, ich mag aber keine Stiefmutter.“ Der kleine Todte ist identisch mit dem vor etwa 14 Tagen aus dem Hause seines Vaters entlaufenen Knaben Paul Sch. Der Vater, seit Jahren schon Wittwer, hatte ihm mitgetheilt, daß er sich wieder zu verheirathen gedenke, und die Antipathie des Kindes gegen eine Stiefmutter scheint — wenn auch in diesem Falle ganz unbedeutend — eine so große gewesen zu sein, daß es Tags darauf verschwand und seinem jungen Leben ein gewaltsames Ende machte.

Treptow. Gastwirth Otto, Restaurant zum Korpsentzich, schänkt nur noch bockbottfreies Bier aus. — Alle Anfragen bezw. Meldungen, Treptower Lokale betreffend, sind ausschließlich an den Genossen Jechel, Berlin SO., Köpnickestr. 190, zu richten.

Polizeibericht. Am 26. d. Mts. versuchte in der Schönholzerstraße ein Arbeiter sich zu erhängen. Er wurde noch rechtzeitig aus seiner Lage befreit und ins Leben zurückgerufen. — Vormittags wurde ein Mann nebst seiner vierjährigen Tochter in seiner Wohnung, in der Marlagalerstraße, durch Kohlendunst erstickt vorgefunden. — Nachmittags stürzte ein Mädchen im Hause Bethstr. 2 beim Spielen über das Treppengeländer des 3. Stocks in das Kellergerüst hinab und starb auf der Stelle. In der Or. Frankfurterstraße fiel eine Frau in der Trunkenheit nieder und zog sich eine erhebliche Verletzung am Kopfe zu. — In der Veteranenstraße ging das Pferd eines Geschäftsführers durch und lief gegen einen Laternenpfahl, so daß der Wagen zusammenbrach. Hierbei wurde der Führer desselben und eine Frau auf den Bürgersteig geschleudert und letztere am Kopfe bedeutend verletzt, während der Führer unversehrt blieb. — An der Ecke der Mauer- und Friedrichstraße wurde ein Mädchen durch einen Geschäftswagen überfahren und an beiden Unterschenkeln erheblich verletzt. — Abends fiel ein Mann gegenüber dem Grundstück Plan-Weg 92 in den Landwehr-Kanal. Er wurde noch lebend herausgezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 27. September 1894.

Stationen.	Barometer-Hand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (9-4° R.)
Eisenmünde	756	SB	3	wolkig	12
Hamburg	760	SB	2	halb bedeckt	10
Berlin	759	SBWB	4	bedeckt	12
Diesbaden	761	SB	2	bedeckt	14
München	764	SB	3	halb bedeckt	14
Wien	761	SB	2	halb bedeckt	16
Saparanda	764	D	4	bedeckt	2
Petersburg	763	WNW	1	bedeckt	3
Cort	768	W	3	heiter	9
Aberdeen	767	WNB	3	halb bedeckt	9
Paris	764	WNW	2	Regen	12

Wetter-Prognose für Freitag, den 28. Septbr. 1894. Etwas kühleres Wetter mit schwachen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Die Behauptung, daß Herr Hubertus Jacobi mit den Mitteln eines italienischen Brava arbeite, war vom „Vorwärts“ am 17. Juni in der Nr. 188 aufgestellt worden. Es war zur Zeit, als die Saalverweigerer ihren ganz besonders schlaun Kopf ausführen und mit der Verbängung der Saalperze

den Boykott mitsammt der Sozialdemokratie vernichten wollten. Nach dem freiwillig-gouvernementalen Organ des Brauereivereins, der „Freisinnigen Zeitung“, hatte der siegesbewusste Herr Jacobi in einer am 15. Juni abgehaltenen Versammlung folgende denkwürdige Worte gesprochen:

„Wer nicht mit den vereinigten Saalbesitzern sei, sei gegen sie, die Folgen dürften nicht ausbleiben. Wer heute glaube, mit den Sozialdemokraten Geschäfte machen zu können, dürfe sich nicht wundern, wenn es mit ihm in kurzer Zeit vorbei sei.“

Diese halbbedrohende Aeußerung war vom „Vorwärts“ natürlich entsprechend beleuchtet worden. In einem Artikel „Der Stand des Bierboykotts“ wurde die von Herrn Jacobi ausgesprochene Drohung schamlos und frech genannt und ihm seiner vorgeworfen, daß er mit den Mitteln eines italienischen Brava arbeite. Drittens machte ihm der „Vorwärts“ den Vorwurf, daß er ein Ehrenmann sei.

Diese dreifache Beleidigung konnte nach der Ansicht des geistigen Leiters vom Saalbesitzerverein nicht anders als vor dem Rabi ihre Sühne finden; er ging hin und verklagte den damaligen verantwortlichen Redakteur Wilhelm Schröder.

Auch über den fortschreitenden Gegner kann selbst ein Sozialdemokrat zu besserer Meinung gelangen.

Die Thesen, die Herr Jacobi in dem verflochtenen Vierteljahr verrichtet hat, seine eigenartige Taktik im Saalbesitzerkrieg und die mancherlei Unglücksfälle, die ihm in den Kontroversen mit seinen eigenen Kollegen zugefallen, hatten längst die Gewißheit in uns aufkommen lassen, daß Herr Jacobi alles andere, nur kein italienischer Brava ist. Als daher gestern der Verhandlungstermin um die Mittagsstunde heranrückte, konnte der Insulpat Schröder nicht anders als mit dem bitteren Gefühl nagender Reue in den Gerichtssaal eintreten. Entsprechend gehobener war die Stimmung des Herrn Privatklägers.

„Die jetzt vorliegende Sache“, so meinte der die Verhandlung führende Amtsgerichtsrath, „wird wohl durch einen Vergleich beendet werden können. Im Kriege fallen Diebe und wenn man einmal im öffentlichen Leben drin steht, so legt man die scharfen Worte, die hin und her fallen, nicht genau auf die Waagschale. Würden Sie auf einen Vergleich eingehen, Herr Privatkläger?“

„Die mir angethane Beleidigung ist zu groß, als daß sie im Wege des Vergleichs geföhnt werden könnte. Ich fühle mich in meiner Ehre zu sehr gekränkt und bestehe daher auf eine Verurteilung des Angeklagten.“

Der Angeklagte hat den Begriff des italienischen Brava wohl kaum ganz wörtlich verstanden wissen wollen, meinte der Richter.

Redakteur Schröder mußte zugeben, daß er, als er diese Metapher anwandte, sich Herrn Jacobi eigentlich nicht als den Mann mit dem Dolch im Gewande vorgestellt habe.

„Ich glaube“, so fiel der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Freudenthal, ein, „daß Herr Jacobi sich bedrückt erklärt, wenn mein Klient sich erzieht, die Summe von fünfzig Mark an die Armenkasse zu zahlen und eine entsprechende Ehrenentwöhnung in seinem Blatte zu bringen.“

„Die mir angethane Beleidigung ist zu groß, als daß sie im Wege des Vergleichs geföhnt werden könnte. Ich fühle mich in meiner Ehre zu sehr gekränkt und bestehe daher auf eine Verurteilung des Angeklagten.“

„Fünfzig Mark, Herr Jacobi! Ich als Richter habe nie geglaubt, daß Herr Schröder den Fall so hoch einschätzen werde. Eine solche Sühne könnten Sie meines Erachtens mit vollem Zug annehmen. Ihrer Ehre wird damit wirklich nicht zu nahe getreten.“

„Die mir angethane Beleidigung ist zu groß, als daß sie im Wege des Vergleichs geföhnt werden könnte. Ich fühle mich in meiner Ehre zu sehr gekränkt und muß trotz dieses Gebots auf eine Verurteilung bestehen.“

Der Richter zuckte mit den Achseln und meinte, zu dem Privatkläger gewendet, er habe sich wohl noch nicht sehr lange im öffentlichen Leben bewegt.

„Seit Beginn des Bierboykotts stehe ich erst im Kampfe der Parteien drin“, antwortete Herr Jacobi.

„Ja, das ist auch so meine Empfindung.“

Die Jurade des Rechtsbestandes, der dem Herrn Privatkläger assistierte, blieb ebenfalls ohne Erfolg.

Herr Jacobi stand fest wie eine Mauer und dem Anwalt des Klägers blieb nichts übrig, als dem italienischen Brava des Angeklagten die schwärzeste Gewandung zu verliehen. Die Bestimmung des Strafmaßes überließ er dem Ermessen des Gerichts, doch beantragte er auf Publikation des Urtheils in nicht weniger als 4 Blättern, nämlich im „Vorwärts“, „Lokal-Anzeiger“, „Intelligenzblatt“ und „Gasthaus“ zu erkennen.

„Soweit werden wir wohl kaum gehen können“, meinte der Richter.

Nach einer kurzen, den Nagel auf den Kopf treffenden Vertheidigungsrede des Rechtsanwalts Freudenthal zog sich der Richter mit den Schöffen zur Beratung der schweren Falles zurück. Das nach zehn Minuten veränderte Urtheil lautete auf zwanzig Mark Geldstrafe und die üblichen Nebenstrafen. Die dem Herrn Jacobi gegenüber im „Vorwärts“ gebrauchten beleidigenden Worte, so führte der Vorsitzende in der Begründung des Urtheils aus, seien ja, wie auch allseitig in der Verhandlung anerkannt worden, formell beleidigend. Zieht man aber in Betracht, wie im öffentlichen Leben der Kampf der Parteien geführt werde, so müsse man sagen, daß die in dem beleidigenden Artikel gebrauchten Ausdrücke verhältnismäßig milde und daher mit einer gelinden Strafe geföhnt seien.

In dem Prozeßföhl darüber, daß der Angeklagte wirklich bestraft worden, ging Herr Jacobi nach Hause.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich gestern die Wittve Vierel vor der neunten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Sie war von dem Arbeiter Wilhelm Lehmann, bei dem sie Schirme nähte, denunziert worden. L., dessen Ehefrau

und zwei andere Frauen beschworen, daß sie gehört hätten, wie die Angeklagte in der Arbeitsstube die Majestätsbeleidigung ausgesprochen habe. Die Beweisaufnahme ergab andererseits, daß Lehmann die Angeklagte früher grundlos wegen Diebstahls denunziert und einen anderen Arbeiter bei seinem Arbeitgeber verleumdet hatte, um ihn aus seiner Stelle zu bringen. Der Lebensgang und der Charakter der übrigen Belastungszeugen, mit denen sich die Beweisaufnahme eingehend beschäftigte, ließ deren Glaubwürdigkeit ebenfalls sehr zweifelhaft erscheinen.

Der Staatsanwalt beantragte in dessen 4 Monate Gefängnis, während der Vertheidiger, Dr. Herzfeld Unglaubwürdigkeit der Belastungszeugen nachwies und für Freisprechung plaidierte. Das Urtheil lautete auf Freisprechung.

Auch angesichts dieses Falles wäre die schon oft von uns erhobene Mahnung zu beherzigen:

Güetet Euch vor Denunzianten!

Auf eine geradezu horrende Strafe ist gestern von der 187. Abtheilung des Schöffengerichts in einer Hundtertschlagungsache erkannt worden. Nachdem der Arbeiter Schewe sich kürzlich bei seiner Begegnung mit Polizeibeamten des Revolvers bedient hatte, wurde bei mehreren Personen, die als Anarchisten bekannt waren, Hausdurchsuchung abgehalten. Dies geschah auch bei dem erst 17jährigen Vergoldergehilfen Szcodyr. Man fand bei ihm einen scharfgeschliffenen Dolch mit weißer Klinge, einen Gummischlauch und eine Anzahl anarchistischer Schriften. Sämmtliche Gegenstände wurden beschlagnahmt. Als Szcodyr befragt wurde, wie er zu dem Dolch gekommen sei, erwiderte er, daß er denselben auf dem Wedding gefunden habe. Es ließ sich ein Beweis von der Unwahrheit dieser Behauptung nicht erbringen; die Staatsanwaltschaft erhob aber gegen Szcodyr Anklage wegen Hundtertschlagung. Der Beschuldigte bekannte sich als Dissident und Anarchist. Ueber die Ziele des Anarchismus sei er sich aber noch nicht einig und deshalb besuche er die anarchistischen Versammlungen, um sich von den Vortragenden belehren zu lassen. Der Angeklagte blieb dabei, daß er den Dolch gefunden habe. Staatsanwalt Streiber hob hervor, daß die Geschichte von dem Funde des künftvoll gearbeiteten und scharfgeschliffenen Dolchs sicher erfunden sei, aber da der Gegenbeweis nicht zu erbringen sei, könne Szcodyr nur wegen dieses Vergehens verurteilt werden. Bei der Strafmaßbestimmung müsse nun doch berücksichtigt werden, daß derartige unreife Burschen mit ihren verworrenen anarchistischen Ideen als äußerst gemeingefährlich (!) angesehen werden müßten, er beantragte gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, erkannte wirklich auf ein Jahr Gefängnis und nahm dem Verurteilten wegen Fluchtverdachts sofort in Haft. Staatsanwalt Dr. Benedix, welcher bisher in den stattgehabten Verhandlungen gegen Anarchisten die Anklagebehörde vertreten hat, wohnte der Verhandlung bei.

Im Seifenprozeß Lehrer und Genossen stellte am Donnerstag der Staatsanwalt Kanow den Antrag, den Angeklagten Lehrer in Untersuchungshaft zu nehmen. Es war ihm nämlich mitgetheilt worden, daß Lehrer in den Zwischenpausen auf dem Wandelgange mit den vorgeladenen Zeugen Gespräche führe, die daraus hinderten, daß er die Zeugen beeinflussen wolle. Neben der Gefahr der Verbunkelung führte der Staatsanwalt auch Fluchtverdacht ins Feld und verwies darauf, daß der Angeklagte seiner Zeit nach Budapest entflohen sei und von der dortigen Behörde erst ausgeliefert werden mußte. Rechtsanwalt Schwandt widersprach lebhaft der Verhaftung, der Gerichtshof beschloß aber, den Angeklagten Lehrer in Untersuchungshaft zu nehmen. Sonst ist noch zu erwähnen, daß der im Zuschauerraum anwesende Seifenfabrikant Schreyer, der in ähnlich solider Weise ein Seifengeschäft betrieben hatte, auf Antrag des Staatsanwalts aus dem Zuschauerraum gewiesen wurde. Ein Reisender Schreyer's, der jehige Strafgefängene Löwy, ist f. Z. wegen gleicher Nachschaffen mit Schlüsseln verurtheilt, was Verfahren gegen Schreyer selbst aber eingestellt worden, weil dieser geisteskrank sein sollte. Der Gerichtshof war der Meinung, daß er einen Geisteskranken im Zuschauerraum nicht zu dulden brauche.

Briefkasten der Redaktion.

H. Senger, Mariendorf. Eine Veröffentlichung in dem von Ihnen gewünschten Sinne ist wohl überflüssig, da dieselbe doch nur Unannehmlichkeiten verursachen würde.

Briefkasten der Expedition.

Für die angesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein: Personal der Buchhandlung des „Vorwärts“ 3,50. Fünftler Wahlverein 75.—. Gesammelt in der Tischlerei von Oskar Springer, Neu-Weissensee, 4. Rate 5,80. Von den Tischlern der Tischlerei von Martens, Thurmstr. 48, 8. Rate 7,50. Bauischlerei von Thal, Lehrterstraße 59, Roabit 8,10. Ueber-schub vom ringfreien Bier, Spandauerstraße 30, 2. Hof, 10. Woche 6,30. Gesammelt bei einer Konfirmation durch G. R., Weihenburgerstraße 48 1,70. Gesammelt im Jh'schen Gesangverein Humor 3,20. Amerikanische Auktion einer Gohlradentkeie in den Arminhallen 4,70. Bierprocente von Arbeitern der Löwe'schen Fabrik, Martinidenfeld, 2. Rate 18,30. Von den Steindruckern Stahlherstraße, Bierprocente, 3. Rate 3.—. Preßklub 10.—. A. F. 1.—. Auf der Rückfahrt von Ostlich nach Berlin 3.—. Amerikanische Auktion bei einer Geburts-tage-Feier vom Gesangverein der Kupferschmiede 6,76. D. T. 1.—. Gewerkschaftskartell in Guben 30,10. Rauchklub Rothe Rose 5.—. Von den Genossen in Belten 14,95. Agitations-kommission der Vergolder 100.—. Durch Blanke aus Aschers-leben 26,95. Schüler der Arbeiter-Bildungsschule 4,25. Summa 340,11 Mark. Bereits quittirt: 10 985,82 Mark; in Summa 11325,43 Mark.

Buchhandlung des Vorwärts Berlin SW., Beuthstr. 2.

Sieben ist erschienen:

N. G. Tichernijewsky.

Eine literarhistorische Studie von G. Plechanow. 392 Seiten 50. Preis broch. 2,50 M. geb. 3 M. — Porto 30 Pf.

Die russischen Verhältnisse der Mitte unseres Jahrhunderts, die Reformperiode unter Alexander II, den damaligen eigenartigen russischen Sozialismus schildert und erklärt der Verfasser an der Hand des historischen Materialismus. Im zweiten Theil untersucht er den utopischen Sozialismus an der Hand der Marx'schen Lehren und gestaltet die Darstellung zu einem Compendium des wissenschaftlichen Sozialismus, das an Schärfe, Klarheit und Beweiskraft kaum übertroffen werden dürfte. 448,30

Zahn-Wolf, Leipzigerstr. 22. Rünfl. Zahn-Dr. Theils, Plomben 1,50. Arzt Schwersl. Zahnj. 1 M. 8-7 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin).

Sonntag, 30. Septbr., Vorm. 10 Uhr, bei Johning, Stallschreiberstraße 29.

Versammlung.

Branche: Parquetbodenleger.

Tages-Ordnung:

1. Angebote verschiedener Kollegen den Bauherren gegenüber.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonntag, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße 88:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Fassbady über: Das Freimaurethum.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.

Inhaber: Wilhelm Schmidt. (500 Personen) für Vereine, Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben. Vereinszimmer noch frei. Rathenower Bier.

Freie Vereinigung der Berliner Zeitungs-Spediteure und Verkäufer.

J. A.: W. Schäfer, Reichenbergerstr. 72.

Anlässlich der Annonce der sieben Geschäftskonkurrenten in Nr. 225 des „Vorwärts“ ist zu bemerken, daß deren Austritt schon Ende April erfolgte und zwar lediglich deshalb, weil einige ihrer unmittelbaren Konkurrenten infolge einer Zuwanderung einige Beschäftigte (in Sachen des „A. Journal“) nur mit einer Klage, statt des beantragten Ausschusses, davonkamen. In dem Zahnkämpfe mit dem „A. Journal“ hatten wir infolge der unrichtigen Angabe des Herrn D. Winters 124 Mark Prosehtkosten zu bezahlen, ein Grund für uns, dem Herrn nicht in allem zu folgen, und da unsere Vereinigung nicht dazu da ist, einzelnen Mitgliedern besondere Vortheile dadurch zu verschaffen, daß gegen deren Konkurrenten ohne ausreichenden Grund Maßregeln ergriffen werden, so haben wir ohne Skrupel diese Herren in Frieden stehen lassen. Diese Herren haben schon 2 Wollversammlungen einberufen, um Stellung gegen uns zu nehmen, zu denen außer den Beteiligten niemand erschienen war. Wenn die Herren wirklich von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung so erfüllt wären, wie sie vorgoben, dann würden sie nicht mit so kleinlichen Mitteln für sich Klammern machen wollen, sie würden der Urteilskraft der „Vorwärts“-Leser so viel zutrauen müssen, zwischen dem Streben nach praktischen Zielen und reiblichem Wollen, und dem unläuteren Wettbewerb den Unterschied herauszufinden. Wir werden uns durch diese Herren weiter nicht stören lassen das zu thun, was praktisch und notwendig ist. Daß wir auch Kapitalisten sein sollen ist neu, denn mancher unter und kann sich kaum satt essen. Die Beweise, welche diese Herren für unsere Kapitalisterei haben wollen, können wir getrost abwarten, denn wir wären dann in der Lage, ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen. Für uns ist die Sache hiermit erledigt. 109/10

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 28. September.
Opernhaus. Der Prophet.
Schauspielhaus. Die Schule der Frauen. Der Geizige.
Festung-Theater. Die Haubenlerche.
Deutsches Theater. Nora.
Berliner Theater. Die Großstadtluft.
Schiller-Theater. Der Menont.
Neues Theater. Perrichons Reise.
Der sechste Sinn.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der Vogelhändler.
Reichens-Theater. Demi-Monde.
Theater unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Sollentanz-Theater. Kyri.
Pyri.
Adolph Ernst-Theater. Lolotte's 28 Tage.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Ein alter Säufer.
National-Theater. Der Mikado oder Ein Tag in Japan.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag: Der Menont.
Sonntag: Der Veilchenfresser.
Sonntag, 30. Septbr., Nachmittag 3 Uhr: Der Veilchenfresser. Abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser.
Dichterabende im Bürgercafé des Rathhauses Abends 7 1/2 Uhr: Umland-Abend.

National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 132.
Gastspiel der Lilliputaner, der berühmten sieben Zwerg mit eigener, vollständiger Theatergesellschaft:
Der Mikado
oder:
Ein Tag in Japan.
Parodistische Ausstattungsposse mit Gesang und Evolutionen in 2 Akten u. einem Vorspiel v. Max Rautthner. In Szene gesetzt v. Regisseur Ramin. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Volks-Vorstellung: Maria Stuart.
An Vereine verpackten wir für die Sonnabend-Abende u. Sonntag-Nachmittag das National- und Alexanderplatz-Theater für Vereins-Vorstellungen.
Die Direktion.
Große Frankfurterstr. 132.

Central-Theater

Alte Jakobstrasse Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.

Emil Thomas a. G.

Anna Bäckers. Josephine Dora.

Zum 27. Male:

O! diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Einödshofer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Zum 21. Male:

Lolotte's 28 Tage.

Gesangsposse in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Rogner.
(Novität.)
Die neuen Dekorationen sind auf dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Koburg. In Szene gesetzt v. Ad. Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).

Der Bombardier im Feuer!

Burleske mit Gesang und Tanz.
Regie: Edwin Stempel.
Antröten sämtl. Spezialitäten.
Anfang (Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr).
Entrée (Wochent. 20, refer. 30 Pf., Sonnt. 40, refer. 60 Pf.)
R. Winkler.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
der größte Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexicanische Riesen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
aus Dahomey.
Die Hengstjähnel,
neueste Illusion.

Circus Renz

(Carlstrasse)
Freitag, den 28. September,
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd.
Gr. Sport-Schauspiel vom Direktor Fr. Renz. Großartiger Wagenkutsch, drei Viererzüge, darunter 2 Mailcoaches, Parforce- und Cascadenritt. Meute von 40 Foxhounds. Außerdem: der ostpreuss. Hengst Blondel u. Monstre-Tableau v. 60 Pferden, vorgeführt v. Dir. Fr. Renz. El Bolero, mit 12 Schulpferd. v. 6 Damen u. 6 Herren in prachtvollen Kostümen geritten; die weltberühmte Bonhair-Truppe; die lustgymnastische Gebr. Wortley, d. Clown-Gebr. Villand etc.
Sonntag: Auf auf zur fröhlichen Jagd.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Preise der Plätze: Logen 5 M.; Spertisch und Tribüne 3 M.; 1. Rang Balkon 2 M.; 2. Platz 1 M.; Gallerie 50 Pf.
Fr. Renz,
Kommissionsrat und Direktor.

Armin-Hallen

Kommandantenstrasse Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Deutscher Thiersklub-Berein

Sprechstunden der Ärzte:
Im Depot, Stadtbahnhofen 90 (nahe der Stralauer Brücke) Montag, Mittwoch und Freitag 11 Uhr; im Hof (Schulstr. 112) Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 11 Uhr. Für Mitglieder und Unbemittelte unentgeltlich. Mitgliedsbeitrag jährlich 2 M. [24b]

Spandau.

Bestellungen auf den "Vorwärts", sowie auf das "Volksblatt" u. sämtliche sozialistische Werke nimmt entgegen
A. Koppenhagen,
Gismarck-Strasse Nr. 9 Hof 1 Tr.

Zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts“ u. s. w.

für Berlin Ost u. Nordost empfiehlt sich
Th. Kutzleb, Zeitungs-Expedition,
Gr. Frankfurterstr. 36, Ecke Weberstr.

Empf. allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten mein Schanz- und Speise-Geschäft.

Gleichzeitig empfehle meinen reichhaltigen Mittagstisch, à la Carté 50 Pf. mit Bier, reichl. Frühstück u. Abendstisch à la carte v. 30 Pf. an. In Erwähnung bringe mein Verlehrslokal, Arbeitsnachweis sowie Herberge der Glaser, Klempner, Sattler, Tischler, Maler, Schneider, Korbmacher, Gold- und Silberarbeiter und Maurer. Ein Zimmer z. Versammlungen o. Vorstandssitzungen, 40-50 Personen fassend, zur Verfügung.
Hermann Stramm,
Ritter-Strasse Nr. 123.

Echt Grätzer Export-Bier!

Versand in Flaschen, aus der ersten Grätzer Export-Bier-Brauerei von
Th. Grünberg,
Grätz i. Posen.
Stets gut abgelagerte Waare, in hochfeinster, goldklarer Qualität.
Fernsprecher Amt Schönberg No. 92.

A. Seidler,

Schönberg bei Berlin,
Sedanstrasse 73-75 und 82.

Achtung Parteigenossen!

Freitag, den 28. September, Abends 8 1/2 Uhr:
6 große öffentliche Partei-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Wahlkreis:
Reigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Refer.:
Genosse Timm.

2. Wahlkreis:
Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.
Refer.: Reichstagsabg. Gen. R. Fischer.

3. Wahlkreis:
Möhring, Admiralstrasse 18c. Referent:
Reichstagsabg. Gen. Vogtherr.

4. Wahlkreis:
Fiebig, Gr. Frankfurterstr. 24. Referent:
Reichstagsabg. Gen. P. Singer.

5. Wahlkreis:
Niest's Salon, Weberstr. 17. Referent:
Reichstagsabg. Gen. R. Schmidt.

6. Wahlkreis:
Colberger Salon, Colbergerstrasse 23a.
Refer.: Reichstagsabg. W. Liebknecht.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Berichterstattung der Delegierten über die Brandenburger Provinzial-Konferenz.
2. Der diesjährige Parteitag in Frankfurt a. M.
3. Stellung und Diskussion zu den Anträgen.
4. Wahl der Delegierten.

Die Vertrauenspersonen.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Chefredaktion: Dr. Bruno Schoonlank.

Erscheint 6mal wöchentlich. Per Quartal Mk. 2.25.
Postzeitungsliste No. 9945a.
Inserate: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
Sonntag, den 30. September, Abends 6 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Albrecht, Memelerstrasse Nr. 67:
Große öffentliche

Versammlung für Frauen u. Männer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Jössi über: „Der Werth des Lebens“.
2. Diskussion. — Entrée 10 Pfg. 100/6
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Freie Vereinigung der Bauanschläger

Berlin und Umgebung.
Versammlung
Sonntag, den 30. September, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Köllig,
Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Faber über:
Gewerbegerichtliches. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 184/6
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Charlottenburg!

Achtung! Glasarbeiter!
Sonntag, den 30. September, Nachm. 1 1/2 Uhr, in Gismarckshöhe,
Wilmersdorferstr. 39:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage und die Ziele der Gewerkschaften. Ref.:
Genosse P. Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 182/8
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

26345 **Achtung!**
Zahnersab, auch Zahnreinigung,
wöchentlich 1 Marl.
Guckel, Lauffer Platz 2,
Gefasserstr. 12.

Rohtabak.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bookfaçon,
wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie,
Gobelin, Plüsch und bunten
Morquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstrasse 158.

Milchkübel, Kannen, Satten, Mäse,
Gobelin, Plüsch, Tafelwagen,
Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
Butterkneten, Drehrollen.
Jordan, Al. Markstr. 28.

Empfehle mein neu eingerichtetes
Vereinzimmer mit Piano für 25 bis
30 Personen, auch für Zahlstellen.
98006 R. Ihloff, Chamissoplatz 4.

Neu! Patent-Bithren (neu ver-
bessert). Thatsächl. v. Jed.
in 1 Stunde nach der vorg. Schule
(ohne Lehrer und ohne Noten-
kenntnisse) erl. Größe 56x33 cm,
22 Saiten, hoch u. haltb. gearb.,
Ton wundervoll. (Prachtinstr.)
Preis nur 6 M. in Schule und allem
Zubehör. Preisl. gratis. O. C. F.
Methor, Instr.-Fabr., Hannover A.
Händler überall gesucht. 9121

nachweist, gut, Billard,
Destillation, Vereinszimmer, Haus-
verwaltung, wegen Uebernahme des
älteren Grundstücks sofort billig ver-
käuflich. Miete 680 M. Havelberger-
Strasse 7. 215

Schankgeschäft, 2 Zahlstellen, wegen
Uebernahme eines Gasthofs zu verkaufen.
Adressen erbitte unter **S. Postamt 20,**
Agenten verboten.

Ein gangbares Obst- und Gemüße-
Geschäft mit Kasse ist sofort preis-
werth zu verkaufen Steinhilberstr. 20.
Gebrauchte Möbel veräuß. Oranien-
strasse 163, Bismarckstr. 306

Verkaufe umgehend meine nachweis-
lich gut gehende Restauration mit
schönem Vorgarten. Zu erfragen bei
Bornmann, Rheinsbergerstr. 46 II.

Eine freundliche gr. einseitr. Vorder-
stube, sep. Eing. v. l. Grenadierstr. 10,
leer zu verm. Näheres beim Wirt.

Grünauerstr. 3, am grünen Platz,
Wohnung 76 2 Hlr.

Leere Stube (Garten-Aussicht) an eing.
Pers. z. v. b. Ran, Solmsstr. 12 IV.

Schlafstelle für Herren Mantuffel-
strasse 65a v. 4 Tr. bei Neumann.

Einzelne Schlafst., sep. in der Gegend
der Mauerstr. gef. H. Schach, Char-
lottenstr. 82 H. l. 4 Tr. 22b

Frei. möbl. Zimmer (2 fenst.) Münche-
bergerstr. 1 3 Tr. bei Göthert. 84b

Frei. Schlafstelle bei Weber, Schön-
holzerstr. 17 H. 2 Tr. 81b

Schlafstelle für anständiges Mädchen
Weidenweg 30 Hof 1 Tr. 25b

Möbl. Schlafstelle für 5. Branden-
burgerstr. 4 v. 4 Tr. bei Wäcker. 28b

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten
Fürstenstr. 21 v. 2 Tr. l. 28b

Arbeitsmarkt.

Ein mit doppelter und einfacher Nach-
haltung, wie auch Korrespondenz durch-
aus vertrauter Kaufmann (Partei-
genosse), seit 19 Jahren im 755/6

Zeitungsfach

thätig, in allen Arbeiten der Ad-
ministration, der Expedition, wie
überhaupt d. gesammten Zeitungs-
wesen vollkommen firm, ge-
wandter, selbständiger Arbeiter,
sucht p. 1. Januar 1895 Engagement.
Gef. Offerten sub **A. M.** an die
Expedition d. Bl. erbeten.

Junges Mädchen kann sofort die
Schneiderlei erlernen. **Wieprecht,**
Al. Hamburgerstr. 8, H. 3 Tr. 17b*

Für eine größere Metallw.-Fabrik in
Offenbach a. M. wird ein tüchtiger
Galvaniseur, nur erste Kraft, gesucht.
Adr.: Exp. d. Bl. unter **O. V.** [28b]

Tüchtiger **Barockvergoldner** verlangt
Kottbuserstr. 32.

Perfekter **Zuschneider u. Modeller**
sodort gesucht 806/6*
Nord. Filz-Schuhwaaren-Fabrik
Paul Erfurt
Sonnenburg N.-M. bei Osttrin.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Kreis hielt am 25. September eine öffentliche Versammlung ab, welche den Saal von Breuer bis auf den letzten Platz füllte. Mattutat referierte über „die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Volksschule“. Redner zeigte, wie diese Art Bekämpfung höchstens den Erfolg haben könne, daß dem heranwachsenden Geschlechte die Erkenntnis der Klassenengefährdung früher als unter anderen Umständen kommt. (Beifall.) In der Diskussion nahm Sailer Gelegenheit, die Nothwendigkeit der Organisation darzutun, in welcher der Arbeiter sich die ihm nöthige Aufklärung verschaffe und seine Energie zum Kampfe wider die in der kapitalistischen Gesellschaft eintretenden Folgen der unauhaltbaren wirtschaftlichen Entwicklung stärke. Unter Vereinsangelegenheiten forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, sich noch bis zum 15. Oktober in den alten Zettelstellen umschreiben zu lassen und die neuen Mitgliedsbücher einzutauschen. Er ermahnte dann, auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich wie diese zu besuchen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Bezirk Moabit) wiederholte Genosse Zahn in gefürzter Form seinen im Schönhauser Bezirk gehaltenen Vortrag über Entziehung der Volkswirtschaft. Derselbe errang auch hier regen Beifall. Eine Diskussion knüpfte sich an denselben nicht. Auch der Punkt „Vereinsangelegenheiten“ gab zu Erörterungen keinen Anlaß. Da auch vom Fragekasten kein Gebrauch gemacht worden war, schloß Kiesel die Versammlung mit einem Hinweis auf die am folgenden Tage stattfindende Gewerbetagungs-Wahl.

Der Berliner Metallarbeiter-Verband hielt am 19. d. M. eine Versammlung der Metallarbeiter ab, die sehr stark besucht war. Nach einem Vortrage des Genossen Pinn ging man zur Erledigung von Vereinsangelegenheiten über, und wählte den Kollegen Karl Noack als Beisitzer der Branche in den Vorstand. Unter Verschiedenem machte der Vertrauensmann desjenigen Fabrikanten bekannt, in welchen die Kollegen es noch nicht der Mühe werth gehalten haben, einen Werkstattd-Vertrauensmann zu wählen, und ersuchte die Kollegen, daß bis jetzt Versäumte recht schnell nachzuholen.

Am 20. September tagte in den „Arminhallen“ die hiesige Filiale des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen Deutschlands. Zunächst gab der Vorsitzende den Mitgliedern das Wohlleben des Mitgliedes Schleiser Ferd. Krüger bekannt. Sodann wird berichtet, daß in der Angelegenheit des Kollegen H. Friedewald die hietige Unternehmung die absolute Hinsichtlichkeit aller gegen den genannten Kollegen erhobenen Verdächtigungen erwiesen habe, und die Sache damit wohl für abgethan erachtet werden könne. Des weiteren meldete Kollege Brall den Zuwachs von 28 neuen Mitgliedern. Nennmehr erhielt Gen. Sassenbach das Wort zu seinem Vortrage über: „Das Freimaurerthum“. Redner verbreitete sich über die Gründung, das Wesen und den Zweck der Freimaurerorden und suchte nachzuweisen, daß jene Verbindungen, entgegen ihren eigentlichen statistischen Bestimmungen, bis auf die heutige Zeit einen großen und oft recht verderblichen Einfluß auf Politik und Religion ausgeübt. — An der Diskussion hieüber theilnahmte sich nur Kollege Dabbel, der gleichfalls, wie der Referent, die Existenzberechtigung der heutigen Freimaurerlogen mit ihrem geheimnißvollen „Drum und Dan“ bestritt. — Nachdem Kollege Sillier nochmals die Nothwendigkeit der kräftigen Unterstützung der in Leipzig freitenden Kollegen betont, erledigte man noch einige interne Angelegenheiten.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zentralkommission der Maurer, Steinbauer, Gipser u. s. w. tagte am 20. September. Nachdem die Wahl der Hilfskassier erledigt war, gab Herr Behrend den Bericht über die Unfall-recherchen. Besonders trägt Redner die Auslegung des § 45 des

Unfallversicherungs-Gesetzes seitens der Berufsgenossenschaft, die nur dann bei Recherchen dem Betroffenen eine Entschädigung zusprechen will, wenn nachweislich eine Arbeitsverletzung eingetreten ist. Redner bemerkt, daß ihm hierdurch die Wahrnehmung der Termine sehr erschwert wird, denn bei der vielfachen Arbeitslosigkeit in seinem Beruf geht ihm die Entschädigung sehr oft verloren, weil das Nachsuchen von Arbeit nicht als verlorener Arbeitsverdienst betrachtet wird, als welcher er in Wirklichkeit doch aufzufassen ist. Durch einen Antrag wird Herr Behrend ersucht, beim Reichs-Versicherungsamt eine Klage um Entschädigung einzureichen.

Eine Ristenmacher-Versammlung tagte am 22. September in den Arminhallen. Kollege Tschernig gab die Einleitung in die Tagesordnung durch eine treffende Schilderung der Mißstände, die in vielen Fabriken herrschen. Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde von verschiedenen Kollegen Klage geführt über schlechte Bezahlung, sowie über allzulange Arbeitszeit; z. B. sei es vorgekommen, daß in einer Werkstatt bis Abends 10 Uhr und noch länger gearbeitet wurde. Diese Zustände können nur beseitigt werden, indem sich alle Kollegen dem Verein anschließen. Bekannt gegeben wird noch, daß in nächster Zeit das schon angekündigte Flugblatt zur Verbreitung gelangt, sowie den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern 50 Mark bewilligt worden sind.

Die Drechsler und Berufsgenossen hatten am 23. September eine Versammlung einberufen, in der Kollege Runke über das Thema: Wie können wir durch die Gewerkschafts-Organisation Erfolge erzielen? referierte. Die Ausführungen des Redners wurden mit Interesse verfolgt und in der Diskussion; allseitig zum Anschluß an den Holzarbeiter-Verband aufgefordert. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden die Werkstattverhältnisse bei Seelisch, Nigarstraße; Otto Schwarz, Tiefenbachstraße; Schoy, Mariannenstraße; Grefener, Wienerstraße, einer eingehenden Kritik unterzogen. Nachdem sich die Werkstatt-Kontrollkommission noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigt hat, sollen die Kollegen der genannten Werkstätten zur nächsten Versammlung eingeladen werden.

Bezugs-Gründung einer Zählstelle des Zentralsverbandes deutscher Zimmerleute tagte am 23. September in Groß-Lichterfelde eine Versammlung. Das Referat hatte der Genosse Knäuper übernommen, der in recht treffender Weise Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung darlegte. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und ließen sich sämtliche Anwesenden in den Verband aufnehmen. Sonntag, 14. Oktober, ist die nächste Mitgliederversammlung anberaumt.

In einer öffentlichen Versammlung der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 25. September bei Piest in der Weberstraße tagte, hielt Frau Lohrland einen recht interessanten Vortrag, in dem sie zum Schluß folgende Grundzüge aufstellte: 1. Forderung: daß die Altersgrenze der Kinder zur Zulassung zu gewerblichen Arbeiten bis auf das vollendete 14. Lebensjahr hinausgeschoben wird. 2. Bis zu diesem Alter ist der obligatorische Schulunterricht auszubehalten. 3. Die Zahl der Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist so weit zu erhöhen, daß sie die Zurechnung dieser Bestimmungen überwachen können. 4. Diese Bestimmungen und Aufsichten sind auf die Hausindustrie auszu-dehnen. 5. Müssen mindestens 1/3 dieser Aufsichtsbeamten Frauen sein. Mit lebhaftem Beifall unterstützten die Versammelten diese Forderungen. Sodann erstatteten die Gewerbetagungs-Beisitzer einen eingehenden Bericht über ihre Thätigkeit, dem sich der Bericht des Vertrauensmannes anschloß.

In dem letzten Vortrage des Genossen Peus-Dessau vor Eintritt seiner sechsmonatlichen Gefängnisstrafe, den er am 26. d. M. in Sanssouci, woselbst der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend eine Wanderversammlung abhielt, hatten sich die Parteigenossen und Genossen in großer Anzahl eingefunden. Wohl über 1200 Personen waren anwesend. Peus sprach über das Thema:

So hat G. im Märchen von Frau Holle (p. 60) die schlecht behandelte Stiefmutter in eine Dienstmagd verwandelt — über den „ethischen“ Werth dieser Aenderung an sich wollen wir nicht rechten; wie aber müßte es uns an, wenn das arme gepeinigte Ding, nachdem es eine Zeitlang bei Frau Holle in Glück und Freude gelebt hat, plötzlich „heimwärts“ bekommt, sich „nach Hause“ setzt und wirklich dorthin zurückkehrt. Im Volksmärchen ist dieses Heimweh verständlich; das Kind sehnt sich dorthin zurück, wo er seine Jugend verbracht, seine ersten Träume geträumt hat, selbst wenn jetzt eine böse Stiefmutter dort haust. Die Sisyph'sche Werbung mag den Beifall der „patriarchalischen“ Agrarier finden, uns würde sie anwidern, wenn wir nicht geneigt wären, dieselbe einem rein mechanischen „Verbessern“ zuzuschreiben.*)

Wo in den Volksmärchen materielle Todesarten vorkommen, verbannt sie G. und setzt dafür einfache Verurtheilungen. Ich halte es für viel besser, wenn von jenen Todesarten gesprochen wird, deren Brutalität das Kind sofort graufend verspürt und von deren Vermeidung es leicht überzeugt wird, als wenn es heißt: „Sie verurtheilten den Marschall zum Tode“. Hier wird die Todesstrafe als etwas ganz selbstverständliches, strengem Recht naturgemäß entsprechendes hingestellt; diese Anschauung wird dem Kind geläufig, während im andern Fall sein Widerspruch gereizt wird oder doch leicht geweckt werden kann. Aus demselben Grunde finde ich es nicht bedenklich, daß die Gebrüder Grimm, welche gewis keine Antifeministen im heutigen Sinne waren, die Märchen „Der Jude im Horn“ und der „Gute Handel“ in ihrer Kinderausgabe gelassen haben. Auch hier räume ich ein, daß man verschiedener Meinung über den Werth derselben für die Kinderausstattung sein kann. Ein Schaden aber dürfte von ihnen nicht zu befürchten sein; in Händen von Kindern antisemitischer Eltern können sie nicht mehr verderben, in anderen Händen werden sie spurlos vorübergehen oder wegen ihrer Kränklichkeit Widerspruch wecken.

Nach wie vor liege ich auf dem Standpunkt, daß wir vorläufig unsere Kinder entweder der Gesamtanfertigung der Grimmschen Märchen oder die von den Brüdern Grimm besorgte Auswahl in die Hand geben sollen. Das Sisyph'sche Unternehmen ist meiner Ansicht nach durchaus verfehlt; ob ein roader Dichter, der zugleich das Leben der Volksseele wie das der Kinderseele durchdringt, aus den Grimmschen Märchen etwas vollkommeneres machen kann, muß die Zukunft lehren.

*) Flüchtigkeiten finden sich mehrfach; so opfert in der „weißen Schlange“ p. 44 der Jüngling den jungen Haden sein Hox und muß nun zu Fuß gehen. Bei G. opfert er nur seine „Weggehrung“, geht aber nun weiter, nachdem er noch eben stolz zu Hox gesehen. Ja, die Gebrüder Grimm haben auch „geändert“, aber sie hatten das Zeug dazu.

„Das astronomische Weltall und der Mensch“. Er fähete sein Auditorium im Geiste in das unendliche, unfaßbare Weltall, in den unermeßlichen Weltraum, seine Hörer bekannt machend mit den Weltkörpern, soweit menschlicher Erkenntnis solche zu erforschen bisher möglich war. Dem menschlichen Wissen und Forschen ist eine natürliche Grenze gesetzt; hier stehe der Mensch bewundernd vor einem unbegreiflichen Etwas, und hier sei der Punkt, wo das religiöse Gefühl einsetze, die Bewunderung, ja Ehrfurcht vor dem Unerlichen, Unermeßlichen, wo aber auch die Theologen mit ihren göttlichen Dogmen kommen, wo Klassenreligion sich in den Dienst des Klassenstaates stelle, dem Menschen seine Würdigkeit gegenüber einer göttlichen Allmacht und Größe plaufibel zu machen und ihn von Denken und Wissen abzuhalten, ihn dem religiösen Glauben zu erhalten trachte. Doch hiergegen müsse energisch Front gemacht werden. Denn in der allgewaltigen Natur sei das Größte wie das Kleinste von gleichem Werthe, und wenn auch die Erde und auf ihr der Mensch nur ein Atom im Weltall sei, so gabe doch auch das beschränkte Leben des Menschen seinen Werth, und unsere Pflicht sei es, uns nicht beirren zu lassen durch das niederdrückende Bewußtsein der Kleinheit gegenüber der Unermeßlichkeit und unbegreiflichen Größe des Weltalls, sondern in unserer kleinen Welt unsere Kräfte dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden, wo sie von Werth sind, unsere Aufgabe sei es, unsere kleine Welt nach unserem Willen zu gestalten. Der anregende und lehrreiche Vortrag fand lebhaften Beifall. Eine Diskussion knüpfte sich an denselben nicht. Beschlossen wurde nach längerer Debatte, die Hälfte des Nachschusses der Leserversammlung den ausgesperrten Brauereiarbeitern zu überweisen, die zweite Hälfte jedoch dem Verein zu belassen. Bekannt gegeben wurde noch, daß der Verein am 3. Oktober bei Schmiedel (Alte Jakobstraße 32) seine Generalversammlung, zu welcher auch Gäste Zutritt haben, abhält.

Die Maßnahmen und Zustände in der Kartonsfabrik von Cohn u. Friedländer erörterte am 26. September eine öffentliche, namentlich von Mädchen gut besuchte Versammlung der Kartonsarbeiter und -Arbeiterinnen, zu welcher auch Herr Cohn, der eine der beiden Chefs, erschienen war. Greifenberg ermahnte in seinem einleitenden Referate daran, wie schon in früheren Versammlungen festgestellt worden sei, daß die Arbeiterinnen in der genannten Fabrik die gesetzlichen Pausen und Grenzen der Arbeitszeit nicht innehalten. Infolge dessen sehe jetzt die Polizei diesen Fabrikanten mehr auf die Finger. Die Herren, die gerne schalten und walten wollen, wie es ihnen paßt, laßen auf den Gedanken, der Lehrling könne sie denunziren haben, und entließen denselben eines Tages. Friedländer, der den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen von den Schimpfworten, mit denen er sie rognirt, als großer Mensch bekannt ist, verfehte dem völlig unschuldigen Lehrling bei der Entlassung einen Zutritt und drohte später seiner Mutter, sie die Treppe hinunterzuwerfen. Auf Zwischenrufe, daß der Lehrling doch denunziert habe, bestritt Redner dies ganz entschieden und wies auf andere Fabriken, wie zum Beispiel die von Wunderlich hin, die nach jenen öffentlichen Beschuldigungen der dort herrschenden Mißstände gleichfalls sehr streng inspiziert werde. Gegenüber Herrn Friedländer ist sein Kompagnon Cohn die Höflichkeit und Galanterie selber, besonders gegen die Mädchen, die dort äußerst niedrige Löhne erhalten, so niedrig, daß die anwesenden Arbeiterinnen aus anderen Fabriken Ausbrüche des Staunens nicht unterdrücken konnten. Wenn die Mädchen dann nicht zurecht kommen mit ihren Löhnen, so bitten sie um Vor-schuß, und gerne gewährt Cohn denselben, allerdings nicht ohne ein entsprechendes Entgegenkommen. Inmitten der Schilderung der einzelnen recht bezeichneten Vorkommnisse bricht der Referent ab, damit Cohn, der sich entfernen will, Gelegenheit hat zu erwidern. Cohn muß nun schon das Wort nehmen, er behauptet, der Lehrling habe in der That denunziert, die Löhne der Arbeiterinnen seien nicht so schlecht, wie Greifenberg gesagt — und dann entsenkt er sich. Im Abgehen aufgefordert, weiter zu reden, erwidert er, er habe nichts mehr zu sagen. Für die

Literarisches.

Der Hochverrathprozess wider Liebknecht, Bebel, Duxner vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11. bis 20. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt. 11. Lieferung S. 481—528 8° Preis 20 Pf.

In dem soeben zur Ausgabe gelangten 11. Hefte dieses Werkes wird der Schluss des abnormen Heingenschen Soldaten-Kugellates abgedruckt; um dasselbe drehen sich dann die Prozeß-Verhandlungen. Die Angeklagten, sowie die Mitglieder des Parteiaussschusses wiesen mit Entschiedenheit jede Solidarität mit diesem Flugblatte zurück; so erklärte Liebknecht, daß bloß agons provocateurs oder Tollkühnen einfallen könne mit Nachworten, wie dem Heingenschen Flugblatte Propaganda unter den Soldaten zu machen. Die Erklärungen über dieses Flugblatt, sowie über die Person des Verfassers sind von bleibendem Interesse, ebenso die Darstellung des Verhältnisses des Partei-Ausschusses zum Generalrathe der Internationalen. Sehr werthvoll sind auch die sich aus den Prozeßverhandlungen ergebenden Einblicke in die Thätigkeit der Parteileitung und die Schilderung ihres Verhältnisses zur Redaktion der Zentralorgane. In diesem Hefte wird die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt und die Vernehmung der drei Partei-Ausschussmitglieder Bracke, Spier und Bonhoff begonnen. — u.

Eingelassene Denkschriften.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Unter den Eichen 27). Zu bestehen durch alle Zeitungs-Expeditionen. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungs-Expedition pro Quartal 1,20 M. Preisband 1,20 M.

Die Nr. 25 vom 27. September hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Die Sozialdemokratie und die Reformparteien. — Dr. Tsch. Einberufung. — Schluß: Vertheilungen, die nächste Zukunft. — Partei-nachrichten. — Was man und beandelt. — Todtenliste. — Literatur.

Städtische Zeitungen. V.: Vertheilung. — Brief von Cornelissen-Konraden. — Aus Gollau. — Eine Anfrage über die Wählungen der Reichstagen. — Kangel an Arbeitern. (Aus Gollau). — Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Agitation. — Aus den schottischen Gauen-berichten. — Agrarisches. — Inquartier. — Sozialpolitische. — Gewerkschaftliches.

Volks-Korrespondenz, Ost 14, herausgegeben von Emanuel Burin, Verlag von Wollstein u. Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Vertheilungsnachweis, Belegen, Genoss und seine Ver-wandte, Bergarbeiter (I. Bergbau, II. Ausbildung der Bergarbeiter, III. Statistik des Bergbaus und der Bergarbeiter, IV. Organisation und Lage der deutschen Bergleute, a) im Privatbetrieb, b) im Staatsbergbau, V. Arbeitervereine Bergarbeiter, Organisationen und internationale Bergarbeiter-Kongresse, VI. Schlußgedanke und Hoffnungen für die Zukunft). — Was ist eine Arbeiterpartei? — Das Volks-Organ kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Es ist im Reichlichen Vertheilungskatalog unter Nr. 2672a (s. Nachtrag), im Reichlichen Vertheilungskatalog unter Nr. 7023 (Nr. 28 des B. Bl.) eingetragen.

Grimm's Märchen.

In Nr. 215 des „Vorwärts“ hat Herr v. Gyzyl gegen meine Besprechung seiner Ausgabe Grimmscher Märchen (Nr. 98 d. „Vorwärts“) Einspruch erhoben. In meinem Sedauern — denn Herr v. Gyzyl ist, von den besten Gefühlen befeuert, an die Herausgabe jener Märchensammlung gegangen — zu meinem Sedauern muß ich bei meinem ersten Urtheil bleiben. Herr G. schreibt: „Herr A. hat aber, wie er selbst sagt, von den 48 von uns herausgegebenen Märchen nur drei gründlich gelesen; und nach einer solchen Vorbereitung hätte ich an seiner Stelle über das Buch lieber geschwiegen.“ Die Worte in meiner absicht-lich den Ton trockener Kritik vermeidenden früheren Ausführung, auf welche sich dieser Sah G.'s bezieht, sollten nur in drastischer Weise ausdrücken, wie wenig anziehend die Märchen durch die Bearbeitung nach vermeintlich eifrigen Gesichtspunkten geworden seien, sollte Herr G. an der Echtheit dieser Erklärung zweifeln, so wird er meinen feinen kritischen Instinkt bewundern müssen; denn fast Nummer für Nummer könnte ich ihm ähnliche, ja noch schlimmere Mißgriffe nachweisen. Ich beschränke mich auf weniges. Im Märchen vom Froschkönig (Nr. 1) hat die Königs-tochter in jugendlichem Leichtsinne dem Frosch für eine kleine Gefälligkeit versprochen, Stahl und Teller, Becher und Bett mit ihm zu theilen. Auf Befehl des Vaters erfüllt sie schweren Herzens die ersten Forderungen des Frosches, nimmt ihn sogar mit in ihr Schlafkammerlein; als aber der Frosch auch die Theilung des Bettes unter Drohung mit dem Horn des Vaters verlangt, packt sie ihn bitterböse an und weist ihn aus allen Kräften an die Wand: „Nun wirst Du Ruhe haben, Du garstiger Frosch“, und gerade dieser natürliche Aus-gang, das Sichwiderfinden des Mädchens, bewirkt im Volksmärchen die Enttaubung des Prinzen — denn ein solcher ist der Frosch. Anders bei Gyzyl. Als hier der Frosch nach Erfüllung aller Forderungen auch in das Bett will — „da that sie, wie er verlangte“, „Nun, wenn ich der Prinz gewesen wäre, diese Dame, die sich nach einem leichten gegebenen Versprechen, das sie reichlich gebüßt, zu allem zwingen läßt, hätte ich gewis nicht gekerathet. Die wahre Ethik liegt hier, wenn überhaupt nach solcher ständig gespürt werden muß, im Volksmärchen; bei Altensberg heißt es einmal — dem Sinn nach —: „Nicht wenn man es bricht, sondern wenn man ein Gelübde ab-legt, begehrt man ein Verbrechen.“ — Gewis ist kaum etwas da-gegen einzuwenden, wenn die „böse Stiefmutter“ nach Möglich-keit beseitigt wird, wie es z. B. in Märchen vom „Schweizerchen und Kräutchen“ p. 29 bei Gyzyl geschieht, — obgleich ich auch hier nicht ohne Anstand bin und mich auf eigene Er-fahrung berufen kann. Ganz unzulässig ist es aber, wenn durch die Ausmerzung der Stiefmutter eine unge Entstellung stattfindet.

